

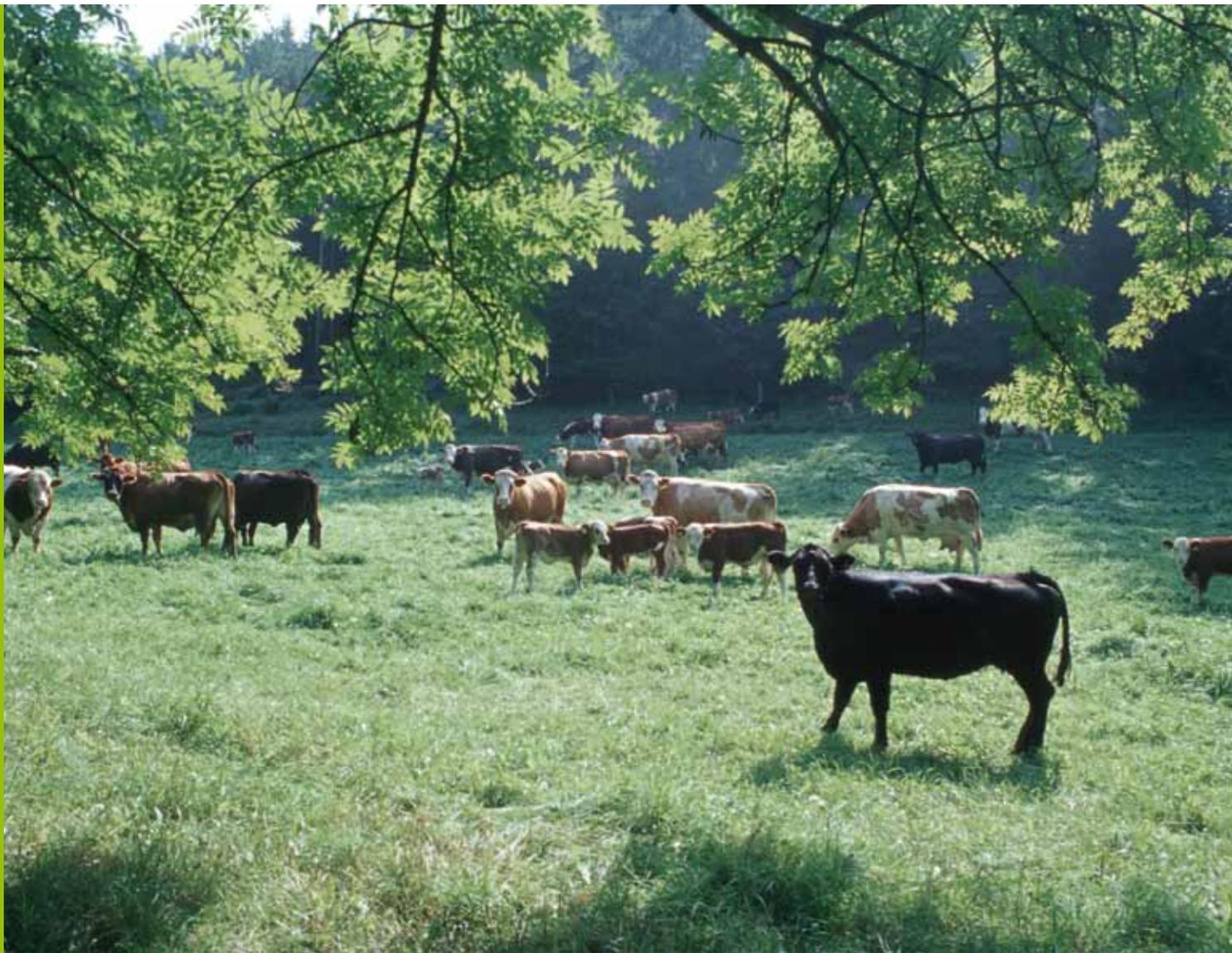


Bundesministerium für
Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz

Die deutsche Landwirtschaft Leistungen in Daten und Fakten

Ausgabe 2010





Vorwort

Liebe Leserinnen
und Leser,

in den vergangenen Jahrzehnten erreichte die deutsche Landwirtschaft eine gewaltige Steigerung ihrer Produktivität. Das herausragende Merkmal dieser Entwicklung ist aus meiner Sicht, dass sie effizienter und zugleich umweltgerechter produziert.

Maßgeblich dazu beigetragen haben technische Fortschritte, die auch in der Landwirtschaft Einzug gehalten haben. Sie sind aber nicht die alleinige Ursache. Der Einsatz hochmoderner Maschinen setzt sehr gut ausgebildete Fachkräfte voraus. Hier hat unsere Landwirtschaft ein Qualifizierungsniveau erreicht, das den Einsatz von Spitzentechnologie ermöglicht.

Es freut mich deshalb sehr, dass in diesem Zusammenhang die Zahl der Auszubildenden in den grünen Berufen in den letzten Jahren gestiegen ist. Land- und Forstwirtschaft bieten sehr gute Angebote für junge Menschen, die Arbeiten in und mit der Natur, mit Tieren und Pflanzen schätzen.

Die Land- und Forstwirtschaft nutzt mit rund 17 bzw. 11 Millionen Hektar mehr als die Hälfte der deutschen Landesfläche. Sie wird in ihrer Struktur immer differenzierter und schafft damit immer neue wirtschaftliche Perspektiven. So ergeben sich im Bereich der energetischen und stofflichen Verwertung nachwachsender



Rohstoffe neue Erwerbskombinationen. Darüber hinaus gibt es in vielen ländlichen Räumen mittlerweile eine große Bandbreite außerlandwirtschaftlicher Tätigkeiten. Gerade prosperierende ländliche Räume zeichnen sich hier durch eine große Vielfalt von ökonomischen Aktivitäten aus.

Land- und Forstwirtschaft sind nicht nur ein Teil der Wirtschaft, sondern auch ein Teil unserer Gesellschaft, unserer Kultur und unserer Umwelt. Bei den neuen globalen Herausforderungen (Sicherung der Welt-ernährung, Klimaschutz, sichere Energieversorgung) sind sie unverzichtbare Partner.

Die landwirtschaftlichen Familien in Deutschland können stolz auf ihre Leistungen sein. Mit der vorliegenden Broschüre wollen wir deren Arbeit und Engagement stärker in das Blickfeld des öffentlichen Bewusstseins rücken.

Ihre

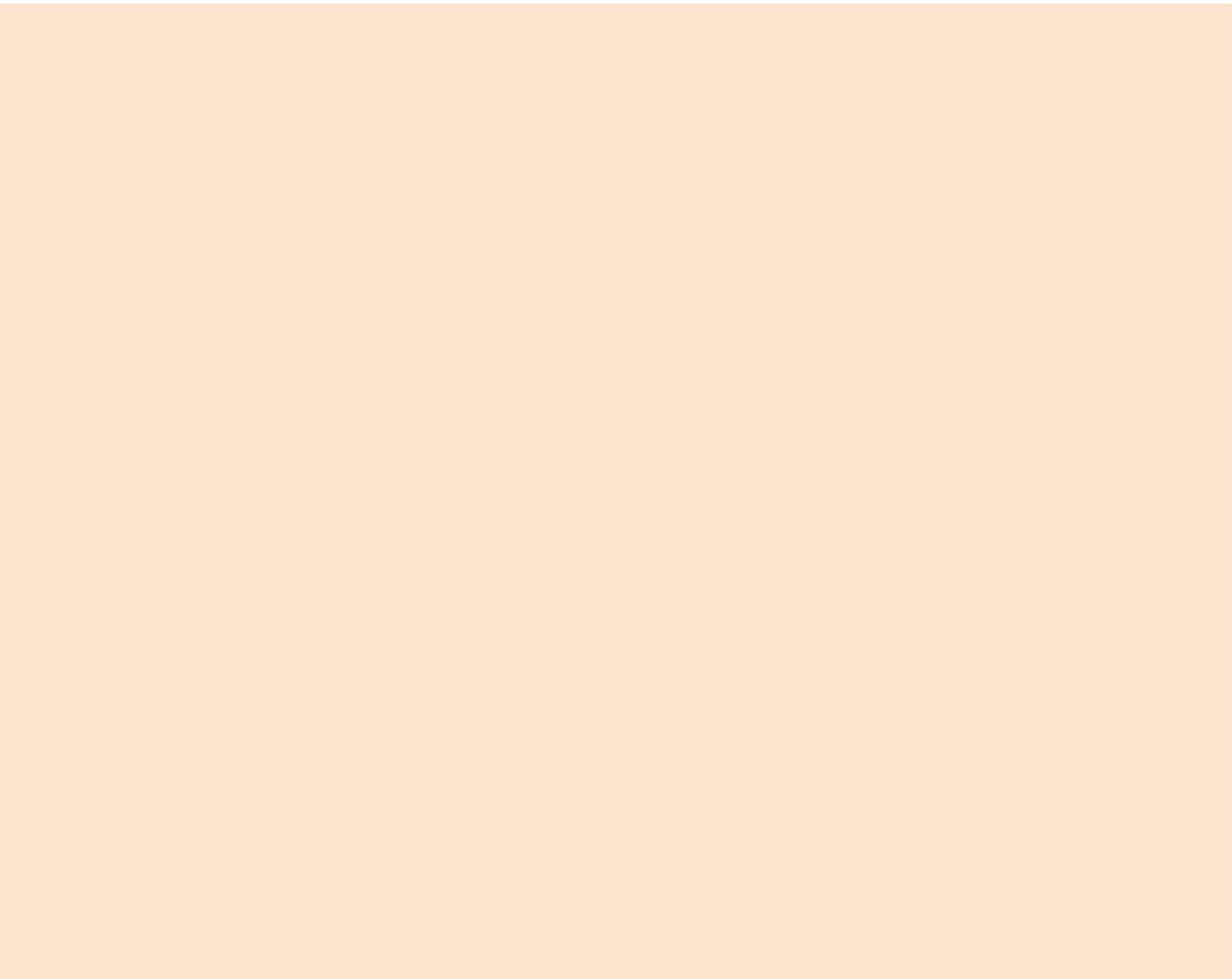
A handwritten signature in green ink that reads "Ilse Aigner". The signature is fluid and cursive.

Ilse Aigner
Bundesministerin für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz



Inhalt

LAGE DER DEUTSCHEN LANDWIRTSCHAFT	7
Arbeitskräfte und Struktur	7
Ausbildung in den grünen Berufen	8
Landwirtschaftliche Fläche	8
Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft	8
Agrarmärkte – Entwicklung 2009	10
Produktivität in der deutschen Landwirtschaft	13
Verantwortungsvolle Tierhaltung in landwirtschaftlichen Betrieben	14
Hochproduktive und leistungsfähige deutsche Landwirtschaft – Entwicklung 1900 bis 2008	16
DEUTSCHE LANDWIRTSCHAFT IN DER EU	17
Deutschland ist einer der bedeutendsten Agrarproduzenten der EU	17
Der Agraraußenhandel	17
ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT UND LEBENSMITTELVERSORGUNG	18
Vielfältige, hochwertige und bezahlbare Lebensmittel	18
Lebensmittelpreise	19
MASSNAHMEN UND FINANZIERUNG DER AGRAR-, FORST- UND FISCHEREIPOLITIK	20
Wettbewerbsfähigkeit	20
Agrarsozialpolitik	20
Politik für ländliche Räume	22
Finanzierung – Der Haushalt des BMELV	25
LANDWIRTSCHAFTLICHE NUTZUNGEN ERHALTEN DIE BIOLOGISCHE VIELFALT	27
Erhalt und Pflege unserer Kulturlandschaft	27
MODERNE LANDWIRTSCHAFT SCHONT DIE UMWELT	27
Emissionen aus der Landwirtschaft	27
Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen	28
LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT LEISTEN AKTIVEN KLIMASCHUTZ	29
Klimaschutz und Anpassung an Klimaänderungen	29
Anbau von nachwachsenden Rohstoffen	29
Maßnahmen zur weiteren stofflichen und energetischen Nutzung	29
Mehr Beschäftigung und Nachhaltigkeit durch Innovationen bei nachwachsenden Rohstoffen	30
Stoffliche Nutzung	31
Flächen- und Nutzungskonkurrenz	31
FORST- UND HOLZWIRTSCHAFT	33
Forst- und Holzwirtschaft liefern einen wertvollen und begehrten Rohstoff	33
FISCHEREIPOLITIK	35
Die Fischwirtschaft ist ein traditionsreicher Wirtschaftszweig und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Deutschlands Küstenregionen	35
Förderung der Fischereistruktur	36
Meeresumwelt- und Meeresnaturschutz	36
Entwicklung von Management- und Wiederaufbauplänen	36
Schutz empfindlicher Tiefseeökosysteme vor zerstörerischen Fischereipraktiken	37
Bekämpfung der illegalen Fischerei	37
Umweltsiegel bei Fischprodukten	37
INTERNATIONALE ERNÄHRUNGS- UND AGRARPOLITIK	38
Welternährung durch produktive und nachhaltige Landwirtschaft sichern	38
Wachsender Nahrungsbedarf	38
Nahrungsmittelpreisentwicklung	38
Das bilaterale Kooperationsprogramm des BMELV	39



Lage der deutschen Landwirtschaft

Arbeitskräfte und Struktur

Die Strukturentwicklung in der Landwirtschaft folgt weiterhin dem langjährigen Trend: Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist rückläufig. Sie ging von 1999 bis 2007 um 20,6 Prozent zurück, von rund 472 000 auf etwa 374 500. In diesen über 374 Tausend land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Unternehmen arbeiten knapp 1,3 Millionen Menschen, das sind 12,9 Prozent weniger als 1999. Sie erzielen eine Bruttowertschöpfung von rund 20 Milliarden Euro, d. h. 0,9 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland.

Im Zeitraum 2005 bis 2007 hat die Zahl der Beschäftigten in der deutschen Landwirtschaft jährlich um 1 Prozent weiter abgenommen. Abnahme bei den Familienarbeitskräften und Zunahme bei den Saisonarbeitskräften standen sich gegenüber. Die Zahl der ständig Beschäftigten blieb nahezu konstant.

Agrarstrukturerhebung 2007 und 2005

im Vergleich
Arbeitskräfte in 1 000

Kennzahl	2005	2007	Jährl. Änderung (%) ¹⁾
Arbeitskräfte (AK) insgesamt	1 276,4	1 251,4	-1,0
davon Familien-AK	782,7	728,6	-3,5
Ständige Fremd-AK	187,4	186,6	-0,2
Nichtständige Fremd-AK	306,3	336,3	+4,8

1) Nach Zinsszins.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Agrarstrukturerhebung 2005 und 2007, BMELV, 425



Vor- und nachgelagerte Wirtschaftsbereiche der Landwirtschaft

In der Agrarwirtschaft (Landwirtschaft und ihre vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche) Deutschlands sind (2005) rund 10 Prozent aller Erwerbstätigen beschäftigt, rund 4,0 Millionen Menschen. Nimmt man die Arbeitsplätze zur Verarbeitung von nachwachsenden Rohstoffen sowie die Forst-, Holz- und Papierwirtschaft hinzu, sind es rund 4,9 Millionen Erwerbstätige. Bei weiterer Betrachtung ist somit jeder achte Arbeitsplatz in Deutschland diesem Sektor zuzuordnen.

Vorgelagerter Bereich	Futtermittel-, Pflanzenschutz- und Düngemittelindustrie, Hersteller von land- und forstwirtschaftlichen Maschinen; Bauwesen; Handel mit Grundstoffen, Maschinen und Geräten
Nachgelagerter Bereich	
engere Betrachtung:	Produzierendes Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung
weitere Betrachtung:	Nahrungsmittelhandel, Gastgewerbe (ohne Beherbergungsleistungen)

Quelle: BMELV, 425

Ausbildung in den grünen Berufen

Die Zahl der Auszubildenden in den agrarwirtschaftlichen Berufen ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Im Dreijahresdurchschnitt 2006 bis 2008 lag sie um 9 Prozent höher als im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2001.

Allerdings ging die Zahl der Auszubildenden 2008 (42 205 Personen) gegenüber 2007 um 1,6 Prozent zurück. Eine Ausbildung in der Land- und Forstwirtschaft ist nicht nur abwechslungsreich und vielseitig, sondern die sogenannten Grünen Berufe sind auch Zukunftsberufe und somit sehr gute Angebote für junge Menschen.



Landwirtschaftliche Fläche

Mehr als die Hälfte der deutschen Landesfläche wird landwirtschaftlich genutzt. Die Größe der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche von gegenwärtig rund 17 Millionen Hektar verringerte sich von 1999 bis 2007 nur geringfügig um 1,2 Prozent. Dafür wächst in den landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland die durchschnittliche Flächenausstattung. Sie lag 1999 noch bei 36,3 Hektar und lag 2007 bereits bei 45,3 Hektar.

Die Entwicklung der Landwirtschaft, hin zu immer größeren Betrieben, setzt sich weiter fort. Dieser Strukturwandel findet auch in den meisten Ländern der EU-27 statt.

Stark rückläufig ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe. Ihr Rückgang von 20,6 Prozent 1999 bis 2007

entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Abnahme der landwirtschaftlichen Betriebe um 2,5 Prozent.

94 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe sind Familienbetriebe der Rechtsform Einzelunternehmen. Sie erzeugen den überwiegenden Teil der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland. Mehr als die Hälfte der Familienbetriebe wird im Nebenerwerb bewirtschaftet (55 %). Die im Haupterwerb geführten Betriebe bewirtschafteten 2007 mit durchschnittlich 56,6 Hektar eine rund viermal größere Fläche als die Nebenerwerbsbetriebe. Während die Anzahl der Familienbetriebe (Einzelunternehmen) seit 2005 um 4,4 Prozent auf rund 350 Tausend sank, hat sich ihre mittlere Flächenausstattung gleichzeitig um 1,6 Hektar auf 33,1 Hektar erhöht.

Agrarstrukturerhebung 2007 und 2005

im Vergleich
Ergebnisse in 1 000

Kennzahl	2005	2007	Jährl. Änderung (%) ¹⁾
Einzelunternehmen	366,3	350,1	-2,2
davon Haupterwerbsbetriebe	164,4	157,5	-2,1
Nebenerwerbsbetriebe	201,9	192,6	-2,3
Pachtflächenanteil an der LF (%)	62,4	61,8	.

1) Nach Zinsszins.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Agrarstrukturerhebung 2005 und 2007, BMELV, 425

Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft

Im WJ 2008/09 sind die Gewinne der Haupterwerbsbetriebe (ohne juristische Personen in den neuen Ländern) im Durchschnitt um rund 23 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 38 498 Euro je Unternehmen zurückgegangen. Im Vorjahr (2007/08) waren die Einkommen allerdings auf Grund der stark gestiegenen Milch- und Getreidepreise sehr hoch. Der Vergleich mit dem WJ 2007/08 allein gibt daher nur ein unvollständiges Bild über die wirtschaftliche Lage der Betriebe. Die Übersicht zeigt die Gewinnentwicklung in den letzten 5 Wirtschaftsjahren.

Gewinnentwicklung in den landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben

Wirtschaftsjahr	Gewinn je Unternehmen in €	Veränderung gegen Vorjahr in %
2004/05	36 647	+ 23,9
2005/06	36 137	- 1,4
2006/07	41 125	+ 13,8
2007/08	49 844	+ 21,2
2008/09	38 498	- 22,8

Quelle: BMELV, 426

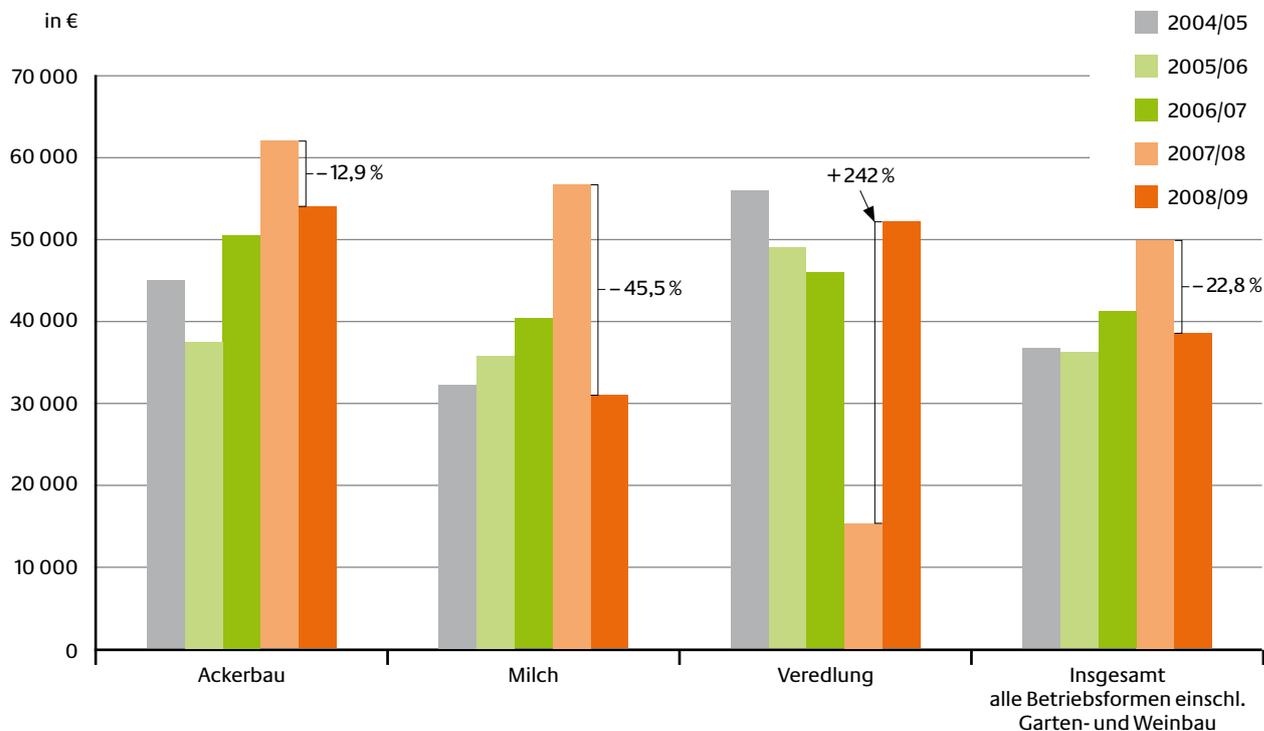
Für die einzelnen **Betriebsformen** gab es sehr unterschiedliche Veränderungen:
Der Rückgang der Gewinne im WJ 2008/09 um fast 13 Prozent in den **Ackerbaubetrieben** ist vor allem auf die stark gesunkenen Getreidepreise zurückzuführen. Der starke Rückgang der Gewinne um rund 45 Prozent in den Milchviehbetrieben ist hauptsächlich auf die

Entwicklung der Milchzeugerpreise zurückzuführen. Die Auszahlungspreise waren im Durchschnitt der ausgewerteten Betriebe im WJ 2007/08 um 31 Prozent auf 38,90 Cent je Kilogramm gestiegen, dann im WJ 2008/09 um 21,8 Prozent auf 30,40 Cent je Kilogramm und damit fast auf den Durchschnitt des WJ 2006/07 (29,77 Ct/kg) zurückgegangen. Die Milchbetriebe haben im WJ 2008/09 im Durchschnitt 25 595 Euro je Betrieb an Direktzahlungen und Zuschüsse (Betriebsprämie, Ausgleichszulage, Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen, Agrardieselerstattung) erhalten. Diese Direktzahlungen machten 82 Prozent des Gewinns aus und haben somit vielen Milchbetrieben die Existenz gesichert.

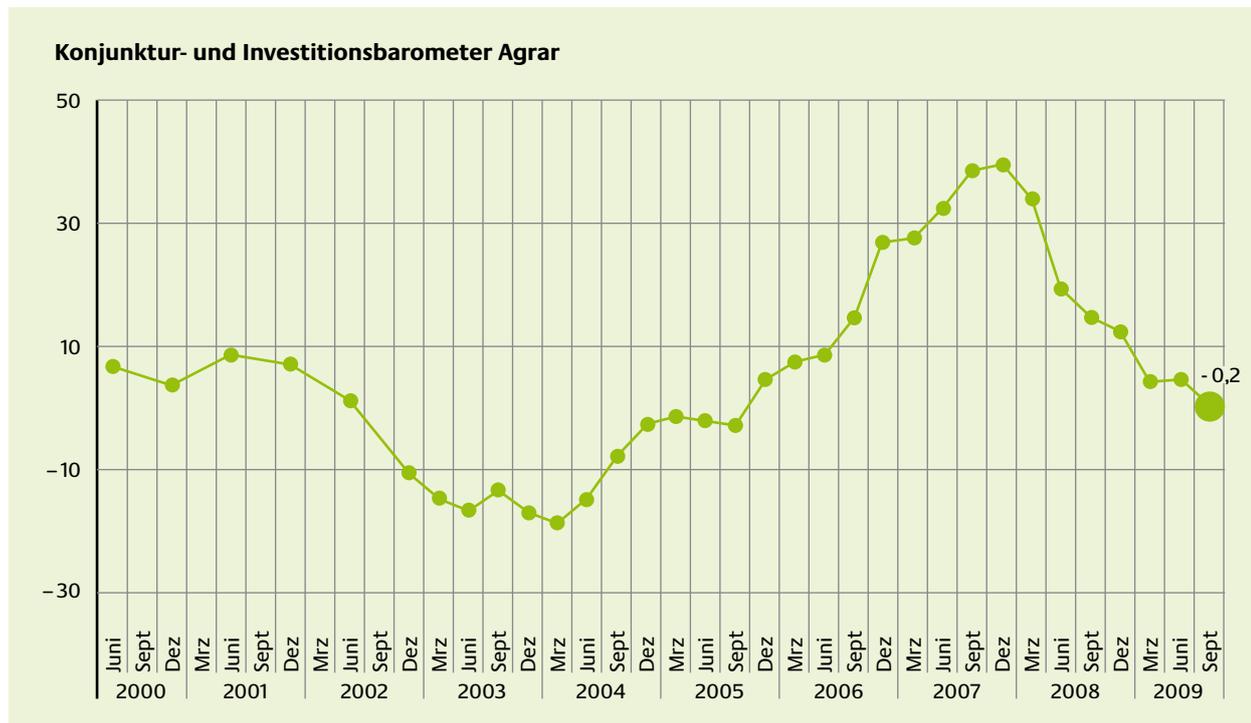
In den **Veredlungsbetrieben** mit Schwerpunkt Schweinezucht und Schweinemast konnten die starken Gewinneinbußen im Vorjahr durch die gestiegenen Erzeugerpreise für Schweine und geringere Aufwendungen für Futtermittel wieder ausgeglichen werden. In den Veredlungsbetrieben sind extreme Einkommensveränderungen nicht ungewöhnlich.

Auch die **übrigen Betriebsformen** hatten im WJ 2008/09 Gewinneinbußen zu verzeichnen. (Gartenbau -14,8 %, Dauerkulturen -22,0 %, Rinderzucht/-mast -26,5 %, Gemischt -10,0 %).

Gewinne der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Betriebsformen



Landwirte beurteilen Situation und Aussichten



Sept./Okt. 2009

Der Index wird errechnet aus der Beurteilung der aktuellen wirtschaftlichen Situation und der Zukunftserwartung der deutschen Landwirte.

Quelle: Deutscher Bauernverband (DBV)

Agrarmärkte – Entwicklung 2009



Milchanlieferung ist rückläufig

Die Milchanlieferung an deutsche Molkereien war im Jahr 2008 leicht gestiegen und ist 2009 rückläufig. Die Lage auf dem deutschen Milchmarkt ist angespannt. Im März 2009 wurden für Milch mit 3,7 Prozent Fett und 3,4 Prozent Eiweiß im Bundesdurchschnitt nur noch rd. 24 Cent je Kilogramm Rohmilch gezahlt. Das ist ein Minus von 33 Prozent zum Vorjahresmonat. Bis Juli 2009 sind die Erzeugerpreise weiter gesunken und erreichten 21,83 Cent je Kilogramm. Im August wurde mit 22,17 Cent je Kilogramm die Talsohle verlassen, und im September 2009 zeichnete sich mit 22,87 Cent je Kilogramm ein Aufwärtstrend auf dem Milchmarkt ab, der sich langsam aber stetig fortsetzt. Der Rückstand zum Vorjahr hat sich zuletzt auf 10,22 Cent verkürzt.

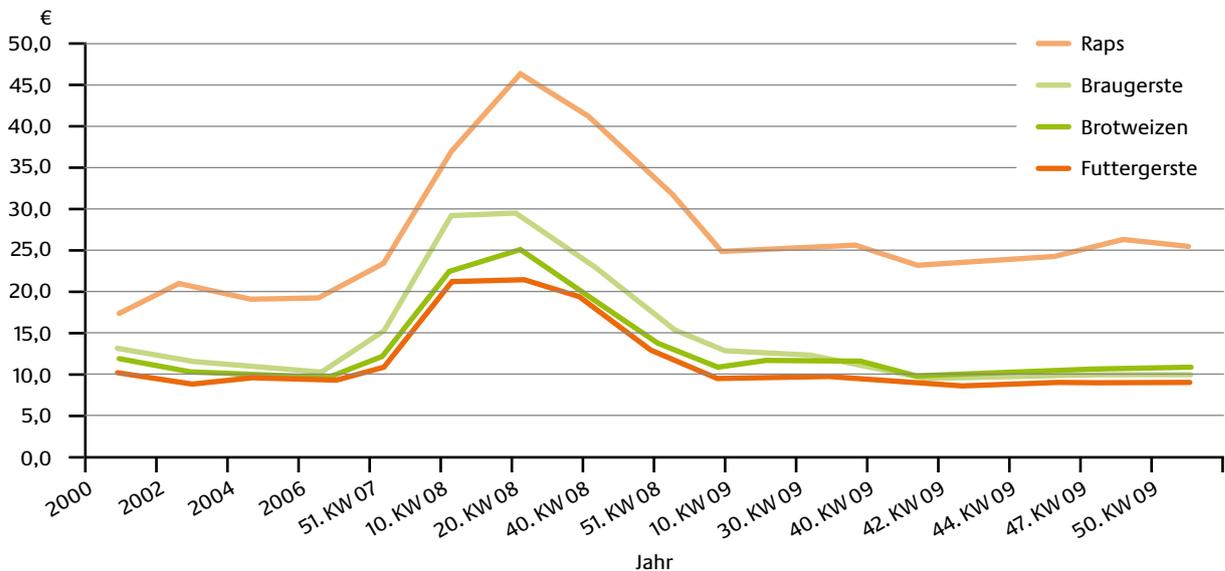
Getreideernte 2009 mit gutem Ergebnis

Die deutschen Bauern konnten mit 49,5 Millionen Tonnen auch in diesem Jahr hohe Erträge mit überwiegend guten bis sehr guten Qualitäten einfahren. Im mehrjährigen Vergleich zwischen den Jahren 2003 bis 2008 mit durchschnittlich 45,1 Millionen Tonnen konnte das Ernteergebnis um deutliche 9,7 Prozent gesteigert werden. Die Getreidefläche insgesamt ging jedoch gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozent auf 6,91 Millionen Hektar zurück. Die Hektarerträge sind leicht gestiegen.

Die Erzeugerpreise für Getreide und Raps stehen seit der Ernte 2009 unter Druck. Sie schwächten sich bis Ende Oktober weiterhin ab und lagen zeitweise bis zu 45 Prozent unter dem vergleichbaren Vorjahreszeit-

raum. Zwischenzeitlich haben sich die Preise auf niedrigem Niveau stabilisiert und liegen bei Brotgetreide zwischen 18 und 24 Prozent unter Vorjahr sowie bei Futtergetreide zwischen 15 und 19 Prozent. Der Braugerstemarkt ist weiterhin durch das große Angebot und die schleppende Nachfrage gekennzeichnet und unterschreitet das Vorjahresniveau um rund 30 Prozent. Der Rapsmarkt konnte sich seit geraumer Zeit leicht erholen. Die Erzeugerpreise schwanken zwischen 24 und 27 Euro und verfehlen damit den vergleichbaren Vorjahrespreis um rund 15 Prozent. In den nächsten Monaten setzt die Erzeugerstufe auf eine weitere Stabilisierung der Preise, insbesondere bei Brotgetreide.

Erzeugerpreise in €/100 kg



Quelle: BMELV, 425

Gemüseanbau 2009 mit meist hohen Erträgen

Der Freilandgemüseanbau (einschl. Erdbeeren) in Deutschland wurde 2009 leicht auf rund 131 100 Hektar eingeschränkt, das sind 0,5 Prozent weniger als in 2008. Der insgesamt sehr ausgeglichene Witterungsverlauf sorgte im Saisonverlauf für ein reichliches Gemüseangebot bei guten Qualitäten aus Regionen mit ausreichenden Niederschlägen. Ertragsminderungen traten dort ein, wo Anbauflächen in Regionen mit nicht ausreichenden Niederschlägen nicht bewässerbar sind. Die erzielten Erlöse bei wichtigen Kulturen im Gemüsebau liegen in diesem Jahr unter den Produktionskosten.





Fleisch

In 2009 ist nach bisherigen Informationen die Fleisch-erzeugung um 2,5 Prozent auf 5,25 Millionen Tonnen angestiegen. Der Verbrauch sinkt erneut um 1,6 Prozent auf 4,36 Millionen Tonnen, so dass die Selbstversorgung von 103,9 Prozent in 2008 auf 108,1 Prozent in 2009 angestiegen ist.

Die Rindfleischerzeugung in Deutschland wird 2009 schrumpfen. Das hohe Preisniveau des Vorjahres konnte nicht gehalten werden. Noch bis April lagen die Preise für Bullen über Vorjahresniveau, bis März war das auch bei Schlachtfärsen der Fall und bis Januar bei Schlachtkühen. Seitdem setzte ein rapider Preisverfall ein.

Die Schweinefleischproduktion hat um 2,7 Prozent zugenommen bei gleichzeitig um 2,5 Prozent gesunkenem Verbrauch.

In 2008 lag im gesamten Jahr das Preisniveau mit 1,54 Euro je Kilogramm Schlachtgewicht um 16,5 Prozent über dem des Vorjahres (1,32 €/kg SG). Im ersten Halbjahr 2009 konnte das Preisniveau des Vorjahres nicht erreicht werden (-4,5%), war aber aufgrund der wesentlich geringeren Futter- und Energiekosten dennoch für die Mäster als positiv einzustufen.

Insgesamt kann für das Jahr 2009 von einer befriedigenden Preissituation für die Erzeuger gesprochen werden.

Wein

Die Weinlese in Deutschland lässt in 2009 einen guten Jahrgang erwarten. Wegen anhaltend kühler Witterung während des Vegetationsverlaufs ist zwar ein Teil der Reblüte verrieselt. Jedoch waren die Trauben aufgrund der ausreichenden Regenmengen und der überdurchschnittlich hohen Anzahl von Sonnenstunden gut entwickelt und gesund. Insgesamt ist deshalb mit rund 10 Millionen Hektoliter eine durchschnittlich große Erntemenge erzielt worden.

Eier

Im Juli 2009 schlüpften in deutschen Brutereien 2,95 Millionen Küken zur Erzeugung von Legehennen. Damit errechnet sich ein Legehennenbestand für Dezember 2009 von 38,5 Millionen Tieren, das sind gut 5 Prozent weniger als im Dezember 2008. Für das gesamte Jahr 2009 errechnet sich eine abgeleitete potenzielle Eierzeugung von 10,78 Milliarden Eier, damit verfehlt man den Wert für 2008 um 4,6 Prozent.

Die Verbraucher in Deutschland konsumieren im Durchschnitt jeden zweiten Tag ein Ei. Seit fünf Jahren steigt der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch und lag 2008 bei 212 Eiern.



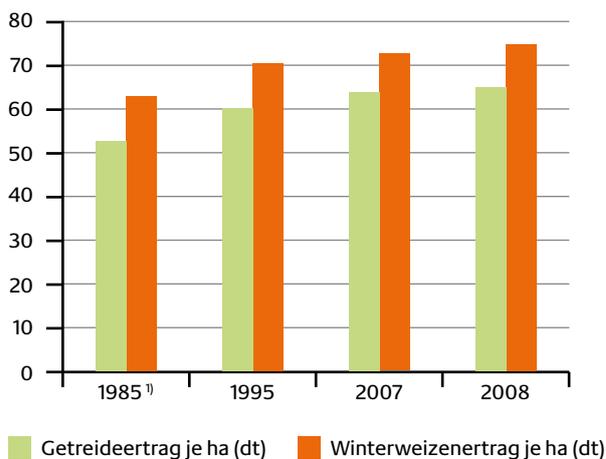


Produktivität in der deutschen Landwirtschaft

In den vergangenen Jahrzehnten hat die deutsche Landwirtschaft eine gewaltige Steigerung ihrer Produktivität erreicht, was sich unter anderem auch in steigenden Getreideerträgen pro Hektar oder in der zunehmenden Milchleistung von Kühen zeigt.

Der Getreideanbau nimmt mit 59 Prozent der Ackerfläche den größten Teil des Ackerlandes ein und ist damit die wichtigste Anbaukultur. 2008 wurde auf rund 7 Millionen Hektar Getreide angebaut.

Getreideertrag

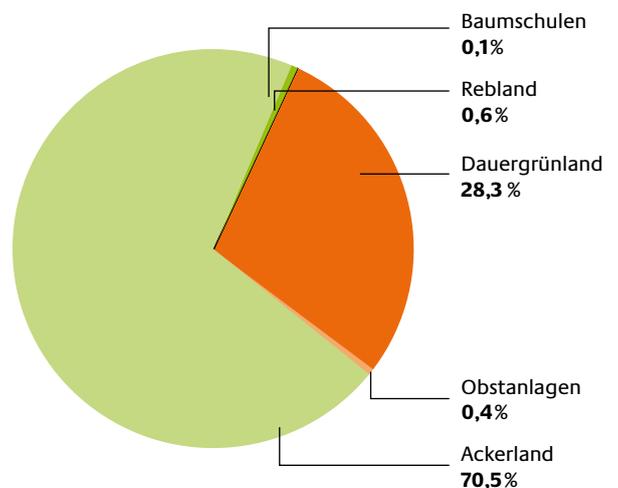


Getreideerträge Dreijahresdurchschnitte.

1) Früheres Bundesgebiet.

Quelle: BMELV, 425

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) nach Kulturarten 2008



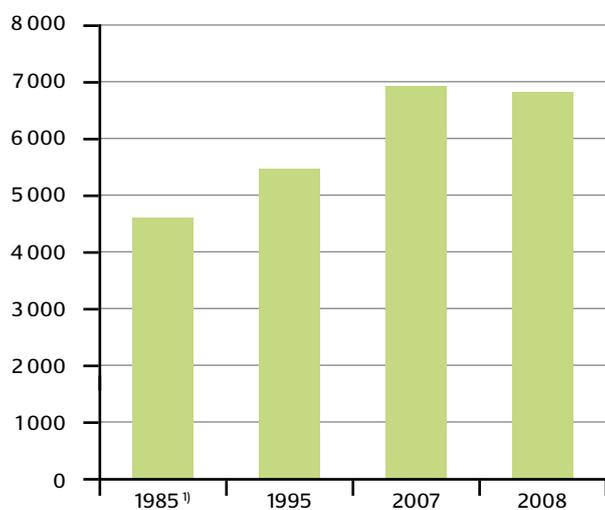
Quelle: Statistisches Bundesamt, BMELV, 425

Milchkühe in Deutschland geben zwischen 18 und 25 Liter Milch pro Tag, rund 7 000 Kilogramm im Jahr und versorgen damit 21 Bundesbürger mit Frischmilch und Milchprodukten.

Diese durchschnittliche Tagesleistung einer Milchkuh ergibt:

- 4 Päckchen Butter oder
- 2,2 Kilogramm Käse bzw.
- 19 Kilogramm Joghurt.

Milchleistung



■ Milchleistung je Kuh (kg je Jahr, alle Kühe)

1) Früheres Bundesgebiet.
Quelle: BMELV, 425

Verantwortungsvolle Tierhaltung in landwirtschaftlichen Betrieben

Die Tierhaltung ist die Haupteinkommensquelle in der Landwirtschaft. Rund 60 Prozent der Erlöse der deutschen Landwirtschaft stammen aus dem Verkauf von Erzeugnissen der Tierhaltung.

Schweine

Im Mai 2009 wurden in Deutschland rund 26,9 Millionen Schweine in ca. 67 600 Betrieben gehalten. Damit ist der Schweinebestand gegenüber der Erhebung vom 3. November 2008 um 0,6 Prozent gestiegen. Die Zahl der Betriebe mit Schweinehaltung ist verglichen mit der November-Erhebung 2008 leicht angestiegen (+ 500 Betriebe). Damit hat sich der von Mai zu November 2008 festgestellte Rückgang der Schweinehaltenden Betriebe insgesamt nicht fortgesetzt.

Die Zahl der Zuchtsauen stieg im letzten Halbjahr leicht um 0,5 Prozent (+ 11 000 Tiere) auf 2,3 Millionen Tiere. Die Zunahme bei Mastschweinen belief sich auf 2,5 Prozent, bzw. 276 000 Tiere. Damit standen im Mai 2009 insgesamt rund 11,5 Millionen Mastschweine in deutschen Ställen.

Deutschland ist mit einem Anteil von fast 20 Prozent der größte Schweinefleischerzeuger in der EU und mit 15 Prozent der zweitgrößte Erzeuger von Rind- und Kalbfleisch.

Im Durchschnitt werden in Deutschland rund 398 Schweine je Betrieb gehalten, wobei die Betriebsgröße regional sehr verschieden ist.





Viehhaltung in landwirtschaftlichen Betrieben

Mai 2009

	Betriebe	Tiere
	1 000	
Rinder	183,0	12 945
darunter Milchkühe	97,4	4 205
Schweine	67,6	26 887
darunter Zuchtsauen	22,9	2 307
Mastschweine		11 457
Schafe	27,9	2 370
Geflügel ¹⁾	92,2	128 463
Viehbesatzdichte (GV/100 ha LF)		99,8

1) 2007; Geflügel wird nur alle 2 Jahre erhoben.
Quelle: Statistisches Bundesamt, BMELV, 425

Rinder

Der Gesamtbestand von Rindern und Kälbern im Mai 2009 veränderte sich mit minus 0,3 Prozent nur minimal gegenüber November 2008. Seit zwei Jahren verharrt der Gesamtbestand an Rindern bei knapp 13 Millionen bei kaum regionalen Unterschieden. Die Rindfleischerzeugung wird nach bisherigen Informationen in 2009 um 0,7 Prozent auf 1,19 Millionen Tonnen abnehmen.

Im Mai 2009 wurden in Deutschland 4,2 Millionen Milchkühe gehalten. Trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage der Milchbauern ist damit der Milchkuhbestand nur leicht, um 0,6 Prozent, gesunken.

Deutlicher fällt der Rückgang der Anzahl der Milchkuhhalter aus. Zum Stichtag 03. Mai 2009 wurden hier rund 97 000 Haltungen erfasst. Das sind etwa 2 000 Halter oder 2 Prozent weniger als vor einem halben Jahr.

Die Milchviehhaltung ist mit einem Anteil von ca. 20 Prozent am Produktionswert das wichtigste Standbein der deutschen Landwirtschaft.

Geflügel

In Deutschland werden in rund 73 000 Betrieben Legehennen gehalten (Mai 2007).

Zum Ende des Jahres laufen in Deutschland die letzten Ausnahmegenehmigungen für die herkömmliche Haltung von Legehennen in Batterie-Käfigen aus. Dem Verbraucher stehen nunmehr aus deutscher Produktion Eier aus der ökologischen Erzeugung, der Freilandhaltung, der Bodenhaltung und der Kleingruppenhaltung zur Verfügung.

Gute Leistungen in der Tierhaltung hängen in großem Maß vom Wohlbefinden der Tiere ab. Tierschutz und Ökonomie gehen hier zusammen.



Hochproduktive und leistungsfähige deutsche Landwirtschaft – Entwicklung 1900 bis 2008

Wirtschaftskennziffern

Kennziffer	Einheit	1900	1950 ¹⁾	2008
Nutzfläche je Einwohner	ha/ Einw.	0,63	0,29	0,21
Erwerbstätigenanteil	Prozent	38,2	24,3	2,1
Anteil an Bruttowertschöpfung	Prozent	29,0	11,3	0,9
Arbeitskräfte (AK)	AK/ 100 ha	30,6	29,2	3,1

1) Früheres Bundesgebiet.
Quelle: Statistisches Bundesamt

Ein Landwirt erzeugte im Jahr **1950** Nahrungsmittel, um **10 Menschen** zu ernähren. **Heute** sind es etwa **140 Menschen** (ohne Futtermittel aus dem Ausland).

Betriebe und Flächen des ökologischen Landbaus

In den letzten Jahren haben sich immer mehr landwirtschaftliche Unternehmen entschlossen, ihren Betrieb auf ökologische Bewirtschaftung umzustellen.

1996 lag der Anteil der ökologisch wirtschaftenden landwirtschaftlichen Unternehmen noch bei 1,3 Prozent (7 353 Betriebe) und bei 2,1 Prozent der Agrarfläche insgesamt. Im Jahr 2008 waren es bereits 5,3 Prozent der Betriebe (19 813 Betriebe), die als Öko-Betriebe auf 5,4 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche wirtschafteten.

Deutsche Landwirtschaft in der EU

Deutschland ist einer der bedeutendsten Agrarproduzenten der EU

Hier wird die meiste Milch gemolken und hier werden die meisten Schweine aller EU-Mitgliedstaaten gehalten. Insgesamt liegt Deutschland nach Frankreich an zweiter Stelle der tierischen Erzeugung und nach Frankreich, Italien und Spanien an vierter Stelle der pflanzlichen Erzeugung in der Europäischen Union.

Der Agraraußenhandel

Deutschland steht nach Angaben der WTO im Welt-agrarhandel bei den Einfuhren an zweiter Stelle und bei den Ausfuhren nach den USA und den Niederlanden und vor Frankreich auf Platz drei. Die deutschen Agrarexporte haben sich im Vergleich zu 1990 mehr als verdoppelt, gegenüber 1980 sogar vervierfacht.

Heute erwirtschaftet die deutsche Landwirtschaft ein Viertel ihrer Verkaufserlöse aus dem Agrarexport.

Der deutsche Gesamtexport ging im ersten Halbjahr 2009 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um nahezu 24 Prozent zurück. Weniger negativ hat sich der Agraraußenhandel in diesem Zeitraum entwickelt. Er lag bei den Ausfuhren mit minus 5,6 Prozent (23,0 Mrd. €) und bei den Einfuhren mit minus 2,5 Prozent (28,2 Mrd. €) unter dem 1. Halbjahr 2008. Die Ausfuhren von Fleisch und Fleischerzeugnissen sowie von Kakaoerzeugnissen und Getreide konnten zulegen. Einbußen gab es dagegen bei Milch und Milcherzeugnissen.

Das Agrarhandelsdefizit erhöhte sich von 4,6 auf 5,2 Milliarden Euro.

Entwicklung des deutschen Agrarexports von Januar bis September 2009 vorläufige Angaben

	2009	2009 gegenüber 2008
	in Mrd. €	%
Gesamtausfuhren Deutschlands	591,4	- 22,3
darin enthaltene Güter der Land- und Ernährungswirtschaft	35,0	- 5,4

Mit 80 Prozent der Ausfuhren und 68 Prozent der Einfuhren sind die EU-Mitgliedstaaten wichtigster Absatzmarkt für deutsche Produkte und wichtigste Bezugsquelle.

Die wichtigsten EU-Abnehmerländer für deutsche Agrarausfuhren sind nach wie vor die Niederlande, Frankreich und Italien.

Im Agrarhandel mit den Drittländern sanken die Agrarausfuhren um 5,5 Prozent auf 4,5 Milliarden Euro und die Einfuhren um 1,9 Prozent auf 9,0 Milliarden Euro.

Es ist ein zentrales Anliegen des BMELV, die Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft bei ihren Bemühungen, neue Absatzmärkte vor allem in Drittländern zu gewinnen, zu unterstützen. Dies ist vor dem Hintergrund des Wegfalls der Centralen Marketing-Gesellschaft für Agrarprodukte CMA nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 3. Februar 2009 besonders wichtig. Das Ministerium versteht sich in erster Linie als Türöffner. Der Aktionsplan „Agrarexportförderung“ des BMELV umfasst konkrete Maßnahmen, mit denen vor allem Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) gefördert werden. Diese Instrumente sind eine verbesserte Auslandsmesseförderung, Marktstudien über neue Zielmärkte, Wirtschaftsdelegationsreisen mit politischer Begleitung sowie die Integration wichtiger CMA-Auslandsbüros in das System der Auslandshandelskammern (AHK).



Ernährungswirtschaft und Lebensmittelversorgung

Vielfältige, hochwertige und bezahlbare Lebensmittel

Das Ernährungsgewerbe gehört zu den größten Arbeitgebern in Deutschland.

Bedeutende Zweige des produzierenden Ernährungsgewerbes sind:

- Schlachtung und Fleischverarbeitung,
- Milchverarbeitung,
- Herstellung von Back- und Süßwaren,
- Obst-, Gemüse- und Kartoffelverarbeitung,
- Brauereien.

In rund 5 800 Betrieben mit 535 000 Beschäftigten wurde 2008 ein Umsatz von 156,3 Milliarden Euro erzielt. Die Ernährungsindustrie ist der fünftgrößte Industriezweig hierzulande.

Die Selbstversorgung mit landwirtschaftlichen Produkten lag 2007/08 bei insgesamt 90 Prozent. Ohne Berücksichtigung der eingeführten Futtermittel lag der Selbstversorgungsgrad 2007/08 bei 80 Prozent.

Das Angebot an Lebensmitteln der Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland ist äußerst vielfältig. Ein Supermarkt bietet heute vielfältige Brotsorten, Käsesorten, Obstsorten und die verschiedensten Gemüse an. Das Angebot reicht von regionalen Spezialitäten, über besonders erzeugte Lebensmittel wie z. B. Biolebensmittel bis zum Angebot aus aller Welt.

Lebensmittelpreise

In Deutschland ist gutes Essen preiswert. Für Nahrungsmittel verwendeten die Deutschen im Jahr 2008 durchschnittlich 9,9 Prozent ihrer Gesamtausgaben. In der EU wird nur im Vereinigten Königreich, Irland, Luxemburg (jeweils rd. 8 %) und Österreich (9,4 %) weniger für das Essen ausgegeben.

Die Verbraucherpreise für Lebensmittel sind über viele Jahre hinweg deutlich langsamer angestiegen als die Verbraucherpreise insgesamt.

Von 1991 bis 2008 erhöhten sich jährlich die Verbraucherpreise insgesamt im Durchschnitt um 2,0 Prozent und die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel durchschnittlich um 1,1 Prozent.

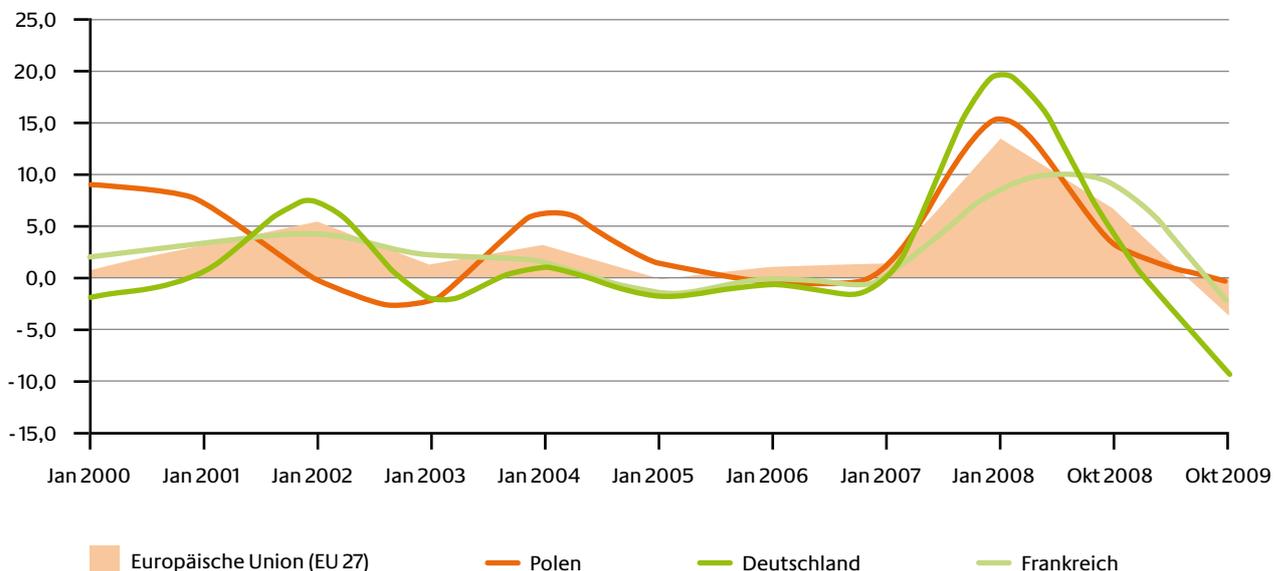
Trotz dieser Preiserhöhungen sind die Lebensmittel erschwinglicher als in den siebziger und achtziger Jahren.

Nach dem Hoch der Nahrungsmittel- und der Energiepreise im Jahr 2007 und Anfang 2008 sind seit August 2008 die Teuerungsraten für Nahrungsmittel kontinuierlich gesunken. Gegenüber dem Vorjahr verbilligten sich die Nahrungsmittel um 3,4 Prozent. Teurer wurden gegenüber Oktober 2008 allerdings Fisch und Fischwaren.

Nach wie vor müssen Landwirte relativ hohe Preise für den Einkauf von Betriebsmitteln wie Dünger, Diesel oder Landmaschinen zahlen. Diese Preise gaben in der Wirtschaftskrise kaum nach. Der zuletzt für Juli 2008 ermittelte Preisindex für landwirtschaftliche Betriebsmittel lag um 44,8 Prozent höher als im Jahr 2000. Während die Erzeugerpreise für Agrarprodukte im ersten Quartal 2009 im Vergleich zum ersten Quartal 2008 um rund 19 Prozent fielen, sanken die Preise für Betriebsmittel nur um knapp ein Prozent.

Milch, Käse und Eier in der EU insgesamt und in ausgewählten Mitgliedstaaten

Jährliche Veränderungsrate in %



Quelle: Eurostat; BMELV, 425

Maßnahmen und Finanzierung der Agrar-, Forst- und Fischereipolitik

Wettbewerbsfähigkeit

Die markt- und strukturpolitischen Maßnahmen der Agrarpolitik stärken die Wettbewerbsfähigkeit der Agrarwirtschaft. Die Agrarinvestitionsförderung, die Marktstrukturverbesserung und die forstwirtschaftlichen Maßnahmen sowie die Förderung im Fischereisektor dienen der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und damit unmittelbar der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Die Initiativen zur Vereinfachung und zum Bürokratieabbau auf europäischer und nationaler Ebene entlasten die Betriebe auf der Kostenseite. Mit exportfördernden Aktivitäten unterstützt das BMELV die Agrarwirtschaft dabei, Märkte im Ausland zu erschließen, auszubauen und zu sichern.

Agrarsozialpolitik

Eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft ist das Werk tatkräftiger Bäuerinnen und Bauern. Diese müssen sich darauf verlassen können, dass sie und ihre Angehörigen im Alter, bei Unfall, Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Todesfall angemessen abgesichert sind. Eine wichtige Säule der nationalen Agrarpolitik ist daher die Agrarsozialpolitik. Sie trägt dazu bei, soziale Härten als Folge des Strukturwandels in der Landwirtschaft zu vermeiden.

Wegen der deutlichen Abnahme der Zahl von Beitragszahlern bei einer gleichzeitig sehr viel langsamer sinkenden Zahl von Leistungsempfängern, ist es erforderlich, die landwirtschaftliche Sozialversicherung an die sich ändernden Anforderungen anzupassen und zukunftsfähig auszugestalten. Hierzu wurden Reformen eingeleitet, welche konsequent nachstehende Ziele verfolgen:

- Modernisierung der Organisationsstrukturen,
- Verlässlichkeit der Bereitstellung von Bundesmitteln und
- höhere Beitragsgerechtigkeit.

Das berufsständisch geprägte Sondersystem der landwirtschaftlichen Sozialversicherung bedarf der solidarischen Mitfinanzierung durch die gesamte Gesellschaft, weil die Beitragszahler allein, also die aktiven Landwirte, damit überfordert wären. Einen wesentlichen Bestandteil der nationalen Agrarpolitik stellen daher die Hilfen des Bundes im Rahmen der Agrarsozialpolitik dar, mit denen die Finanzierbarkeit des agrarsozialen Sicherungssystems gewährleistet wird.

Hierfür stellt der Bund für 2010 insgesamt knapp 4 Milliarden Euro zur Verfügung.

Folgende wesentliche Maßnahmen werden mit den Bundesmitteln finanziert:

- nicht durch Beiträge und sonstige Einnahmen gedeckte Aufwendungen in der Alterssicherung der Landwirte.
- Leistungsaufwendungen für die Rentner bzw. Altenteiler in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung, soweit sie nicht durch deren Beiträge und einen Finanzierungsbeitrag der aktiven Mitglieder gedeckt sind.
- Senkung der Unternehmerbeiträge in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung.
- Ergänzende Ausgleichsleistungen an ehemalige land- und forstwirtschaftliche Arbeitnehmer.





In der vergangenen Legislaturperiode wurden die Bundesmittel erstmalig seit langer Zeit nicht in Frage gestellt oder gar gekürzt. Die neue Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag festgelegt, den Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung in den Jahren 2010 und 2011 sogar auf jeweils 200 Millionen Euro anzuheben. Im Rahmen des Sonderprogramms für die Landwirtschaft werden für 2010 weitere 100 Millionen Euro für den Bundeszuschuss an die landwirtschaftliche Unfallversicherung bereitgestellt.

Darüber hinaus wurde durch den Einsatz von Bundesmitteln die Abfindung von Bestandsrenten in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung in den Jahren 2008 und 2009 mit großem Erfolg unterstützt, wodurch die Ausgabenstruktur der landwirtschaftlichen Unfallversicherung nachhaltig gebessert werden konnte. In der Krankenversicherung für die Landwirte trägt der Bund mit rund 1,2 Milliarden Euro jährlich den größten Teil der Ausgaben für die Rentner. Die beitragsfreie Mitversicherung der Kinder wurde gegen erheblichen Widerstand durchgesetzt. Im Rahmen des Konjunkturpaketes II haben die landwirtschaftlichen Krankenkassen weitere rund 40 Millionen Euro für das Jahr 2009

erhalten und damit seit Juli 2009 die Beiträge im Bundesdurchschnitt um 10 Prozent gesenkt. Den größten Bundeszuschuss erhält schließlich mit 2,3 Milliarden Euro jährlich die Alterssicherung der Landwirte. Der Bund finanziert hiermit rund drei Viertel der Ausgaben und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Generationengerechtigkeit.

Die Neuausrichtung der Agrarsozialpolitik ist aber noch nicht abgeschlossen. Die Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherung stehen jetzt in der Pflicht, ihre Organisation zügig an die veränderten Verhältnisse anzupassen. Eine versichertenahne Betreuung und eine effiziente Aufgabenerledigung sind kein Widerspruch. Wichtig ist aber auch, mit den Bundesmitteln und den Beitragsgeldern der landwirtschaftlichen Betriebe sparsam und wirtschaftlich umzugehen. Nur so kann der gemeinsamen Verantwortung für ein modernes, zukunftssicheres und eigenständiges System der agrarsozialen Sicherung zum Nutzen der bäuerlichen Familien und einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft Rechnung getragen werden.

Politik für ländliche Räume

Ländliche Räume stehen heute vor großen Herausforderungen durch die Globalisierung der Märkte, den demografischen Wandel und den Klimawandel. Die großen Themen dieser Zeit berühren auch die ländliche Entwicklung und bringen neue Entwicklungschancen, aber auch Probleme mit sich.

Ländliche Räume sind sehr heterogen – auch in Bezug auf ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Arbeitsplatzsituation.

Ziele der ländlichen Entwicklung

Die Förderung der ländlichen Entwicklung ist zukünftig noch mehr auf die regionalen Erfordernisse zu konzentrieren und die Eigenverantwortung der Regionen für Wachstum und Beschäftigung sowie für hohe Lebensqualität zu stärken. Daraus ergeben sich folgende Ziele:

- Stärkung der Wirtschaftskraft und Diversifizierung sowie Schaffung neuer Arbeitsplätze,
- bedarfsgerechte Anpassung der technischen und sozialen Infrastruktur,
- innovativer Umgang mit Abwanderung und Alterung,
- Verbesserung der Perspektiven für junge Menschen,
- Sicherung einer umwelt- und naturverträglichen Landnutzung,
- Verknüpfung der Umwelt- und Erholungsfunktionen ländlicher Räume,
- Erhalt und Pflege der Kulturlandschaft.

Das BMELV versteht sich neben seiner Zuständigkeit für Agrarpolitik und Verbraucherschutz auch als Interessenvertretung ländlicher Räume und sieht sich in der Pflicht, die ländliche Entwicklung über die verschiedenen Politikbereiche hinweg zu verknüpfen.

Wirtschaft und Arbeitsplätze

Die Landwirtschaft ist ein wichtiges Standbein für die Wirtschaft in ländlichen Regionen. Gemessen an der Anzahl der Beschäftigten und dem Anteil an der Bruttowertschöpfung ist die Landwirtschaft heute jedoch nicht mehr der bedeutendste Wirtschaftszweig in ländlichen Räumen. Längst sind auch diese dem globalen Trend hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft gefolgt. Rund zwei Drittel der Bruttowertschöpfung in den ländlichen Regionen werden heute in diesem Sektor erbracht.



Zur Agrarwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen müssen daher in den meisten ländlichen Regionen weitere Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung treten. In vielen Regionen liegen z. B. im Tourismus noch ungenutzte Potenziale für Einkommen und Beschäftigung.

Aber auch mittelständisch strukturierte Gewerbe- und Handelsbetriebe sind für die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Räume von großer Bedeutung.

Kultur und Umwelt

Land- und Forstwirtschaft gestalten die Kulturlandschaft, können Boden, Wasser und Luft bewahren, einen positiven Beitrag zur Klimaentwicklung leisten und bringen zugleich unentbehrliche Produkte auf den Markt.

Die Nutzung der natürlichen Grundlagen, ihre Gestaltung und Bewahrung sind untrennbar mit der Land- und Forstwirtschaft verbunden, sind ihre Markenzeichen.

Die Aufgaben der Land- und Forstwirtschaft gehen über die Produktion von Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen hinaus. Sie sind nicht nur ein Teil der Wirtschaft, sondern auch ein Teil unserer Gesellschaft, unserer Kultur und unserer Umwelt.



Die Bewahrung von Kultur und Umwelt ist ein Ziel, das sich der Betrachtung unter Effizienzgesichtspunkten entzieht. So sind z. B. unverwechselbare, geschmackvolle, handwerklich hergestellte Lebensmittel Ausdruck regionaler und vielfältiger Landwirtschaft.

Die Forstwirtschaft ist nach der Landwirtschaft flächenmäßig die bedeutendste Landnutzungsform. Rund ein Drittel der Gesamtfläche Deutschlands ist bewaldet (ca. 11 Mio. ha). Auf dieser Fläche liefert der Wald in Deutschland jährlich rund 70 Millionen Kubikmeter Holz als wertvollen nachwachsenden Rohstoff.

Darüber hinaus erfüllen Wälder eine Vielzahl von gesellschaftlichen Funktionen. Im Wald, im Waldboden und den Holzprodukten wird langfristig CO_2 gebunden. Wälder schützen den Boden vor Wasser- und Winderosion. Ihre Filterwirkung trägt wesentlich zur Regeneration von Luft und Wasser bei. Wälder bieten mit ihren langfristigen Lebenszyklen zahlreichen Tier- und Pflanzenarten einen gesicherten Lebensraum. So tragen sie maßgeblich zum Erhalt der biologischen Vielfalt bei.

Wälder sind auch wichtige Stätten der Erholung. Die Bevölkerung nutzt sie für zahlreiche Freizeitaktivitäten. Vielerorts sind größere Waldgebiete die Voraussetzung für einen sanften, ökologisch verträglichen Tourismus, welcher der örtlichen Bevölkerung wirtschaftliche Chancen bietet.

Waldbesuche sind kostenlos; gleichwohl haben sie einen erheblichen ökonomischen Wert. Der monetäre Nutzen der Erholungsleistung des Waldes wurde vor einigen Jahren mit durchschnittlich etwas über 50 Euro pro Besucher und Jahr ermittelt. Hochgerechnet auf alle Waldbesucher in der Bevölkerung ergibt dies etwa 2,5 Milliarden Euro pro Jahr für die wohnortnahe Walderholung. Der Wert der Ferienerholung in Waldgebieten Deutschlands wurde zusätzlich auf etwa 0,5 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt.

Die Wissenschaft wendet verschiedenste Verfahren an, um den Nutzen, den Wert dieser nicht marktgängigen Leistungen der Land- und Forstwirtschaft zu bewerten, z. B. den Erhalt der Kulturlandschaft. Die bloße Freihaltung einer Fläche von Sträuchern und Bäumen (einmal im Jahr Mulchen) würde je nach Gelände etwa 100 Euro je Hektar und Jahr kosten. Die Erhaltung einer artenreichen Magerwiese auf der Schwäbischen Alb ließe sich nur mit einer entsprechenden extensiven Bewirtschaftung erreichen, die mit jährlich bis 540 Euro je Hektar und Jahr (Gesamtkosten der Bewirtschaftung \cdot Markterlöse) zu Buche schlagen würde.





EU-Förderung zur Entwicklung ländlicher Räume

Die Schwerpunkte der Politik zur Entwicklung ländlicher Räume (2. Säule der Europäischen Agrarpolitik) sind:

1. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft,
2. Verbesserung der Umwelt und Landschaft (u. a. Honorierung der gesellschaftlichen Leistung der Land- und Forstwirtschaft über Agrarumweltmaßnahmen und Ausgleichszulage),
3. Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft (u. a. Förderung von Dorfentwicklung, Einkommenskombination über landwirtschaftliche Tätigkeiten hinaus, Kleingewerbe),
4. (teilweise) integrierte Entwicklungsansätze (Leader).

EU- und nationale Förderinstrumente bieten zusammen attraktive Förderangebote

Die EU-Verordnung zur Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER-Verordnung¹⁾) gibt das Spektrum möglicher Maßnahmen zur Förderung der ländlichen Entwicklung im Förderzeitraum 2007 – 2013 vor. Sie lässt den Mitgliedstaaten zugleich eine große Flexibilität, um auf die spezifischen Bedingungen und Potenziale der Regionen bestmöglich reagieren zu können. In Deutschland bildet die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) den inhaltlichen und finanziellen Kern vieler Länderprogramme. Sie enthält eine breite Palette von Agrarstruktur- und Infrastrukturmaßnahmen. Was in den einzelnen Regionen gefördert werden soll, wird in den Entwicklungsprogrammen für die ländlichen Räume der Länder festgelegt. Mit der finanziellen Unterstützung seitens der EU und des Bundes in der GAK wird jedem Bundesland ermöglicht, ein nach

1) Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates
(ABl. L 277 vom 21.10.2005, S. 1)

regionalen Bedürfnissen ausgerichtetes attraktives Förderangebot anzubieten.

Jährlich stehen über 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung

Im Förderzeitraum 2007 bis 2013 beträgt die Förderung der Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume rund 18 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln, die von der EU, dem Bund und den Ländern bereitgestellt werden. Dies sind im Durchschnitt über 2,5 Milliarden Euro pro Jahr.

Über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) werden in 2010 voraussichtlich 725 Millionen Euro allein an Bundesmitteln zur Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume bereit gestellt. Zusammen mit den Ländermitteln betragen die entsprechenden Gesamtmittel der GAK rund 1,3 Milliarden Euro. Hinzu kommen ELER-Mittel in Höhe von rund 1,3 Milliarden Euro. In der Summe belaufen sich die Mittel zur Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume in Deutschland damit im Jahr 2010 auf rund 2,6 Milliarden Euro.

Finanzierung – Der Haushalt des BMELV

In den Haushalt 2010 des BMELV (Einzelplan 10) sind 5,86 Milliarden Euro eingestellt worden (Vorjahr 5,29 Mrd. €). Der Einzelplan 10 ist weiterhin darauf ausgerichtet, ländliche Räume und den Agrarstandort Deutschland zu stärken sowie die Verbraucherpolitik finanziell zu unterstützen. Einen wesentlichen Ausgabenschwerpunkt der nationalen Agrarpolitik bilden nach wie vor die Leistungen des Bundes für die landwirtschaftliche Sozialpolitik mit rd. 64 Prozent der Ausgaben des Einzelplans 10.

Für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) werden 2010 insgesamt 725 Millionen Euro vorgesehen. Hierin enthalten sind u. a. die Breitbandförderung, die Förderung der dezentralen Versorgung mit erneuerbaren Energien und über den bisherigen Küstenschutz hinaus

zusätzlich 25 Millionen Euro für vordringliche Küstenschutzmaßnahmen auf Grund des Klimawandels. Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung von Fördermaßnahmen im Bereich der Agrarstrukturverbesserung mit 60 Prozent; bei Maßnahmen zur Verbesserung des Küstenschutzes beträgt die Bundesbeteiligung 70 Prozent.

Der Bundeszuschuss zur Alterssicherung der Landwirte als größter Ausgabeposten in der landwirtschaftlichen Sozialpolitik beträgt 2,28 Milliarden Euro. Für die Zuschüsse für die landwirtschaftliche Krankenversicherung werden 1,25 Milliarden Euro aufgewendet. Zur Vermeidung von Beitragssatzerhöhungen wird der Bundeszuschuss an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung (LUV) um 100 Millionen Euro auf 200 Millionen Euro erhöht.

Zur Bewältigung der gegenwärtigen Krise ist ein auf zwei Jahre angelegtes Sonderprogramm für die Landwirtschaft vorgesehen, das die aktuell schwierige Einkommenssituation landwirtschaftlicher Betriebe, auch bedingt durch den Preisverfall auf bestimmten landwirtschaftlichen Märkten (insbesondere im Bereich Milchwirtschaft) überbrückt. Wesentliches Element ist ein „Grünlandmilchprogramm“, das im Jahr 2010 mit einem Gesamtvolumen von 300 Millionen Euro ausgestattet werden soll. Elemente des Programms sind eine Grünlandprämie für Milcherzeugungsbetriebe mit Grünland von voraussichtlich ca. 37 Euro je Hektar Grünland (111 Mio. €) und eine Kuhprämie von ca. 21 Euro je Kuh für Milcherzeugungsbetriebe (85 Mio. €). Weitere Mittel von rd. 100 Millionen Euro können für die zusätzliche Verstärkung der LUV eingesetzt werden.

Hinzu tritt ein Krisen-Liquiditätshilfeprogramm in Höhe von 25 Millionen Euro, welches Zinsverbilligungen für Liquiditätshilfekredite der Landwirtschaftlichen Rentenbank sowie eine Bundesbürgschaft zur Absicherung dieser Darlehen vorsieht.

Nachwachsende Rohstoffe sollen 2010 mit 50 Millionen Euro gefördert werden. Die Mittel kommen vor allem Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben zugute, um Produktions-, Absatz- und Verwendungsmöglichkeiten für nachwachsende Rohstoffe auszubauen bzw. zu erschließen.



Für die Verbraucherpolitik – gesundheitlicher und wirtschaftlicher Verbraucherschutz sowie Verbraucherinformation – sind insgesamt rund 148 Millionen Euro veranschlagt. Davon stehen für Projekte der Verbraucherinformation 19 Millionen Euro (einschl. der Mittel im Rahmen des nationalen Aktionsplans „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“) zur Verfügung. Der vzbv erhält – wie im Vorjahr – 8,7 Millionen Euro. Die Stiftung Warentest soll in den kommenden Jahren mit zusätzlichem Stiftungskapital ausgestattet werden. Hierfür sind 2010 zunächst 20 Millionen Euro vorgesehen. Der Zuschuss wird dadurch sukzessive zurückgeführt und beträgt in 2010 5,5 Millionen Euro.

Für die Förderung von Modell- und Demonstrationsvorhaben sind 5,3 Millionen Euro vorgesehen. Im Bundesprogramm Ökologischer Landbau werden mit 16 Millionen Euro gezielt Schulungs-, Aufklärungs- und Informationsmaßnahmen sowie Forschung gefördert.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung von Innovationen in den Bereichen Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher, für die 25 Millionen Euro vorgesehen sind.

Für die vier neuen Bundesforschungsinstitute werden insgesamt 378 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Hervorzuheben ist hierbei der Gesamtausbau des Friedrich-Loeffler-Instituts auf der Insel Riems zu einem wissenschaftlichen Zentrum im Bereich der Tiergesundheit und der Tierseuchenforschung mit modernsten Hochsicherheitslaboren und -tierställen.

Haushalt des BMELV

Mio. Euro

Maßnahme	2009 Soll	2010 Soll
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3 686,0 ¹⁾	3 800,0
Verbraucherpolitik (einschl. BfR und vzbv)	88,4	115,6
Forschung und Innovation (ohne Bundesforschungsinstitute)	59,6	67,2
Fischerei	27,2	29,6
Zuwendungsempfänger	16,3	16,8
Nachwachsende Rohstoffe	45,0	50,0
Liquiditätshilfekredite	–	25,0
Grünlandmilchprogramm	–	300,0
Modell- und Demonstrationsvorhaben	7,0	5,3
Bundesprogramm Ökolandbau	16,0	16,0
Internationale Organisationen	31,5	33,1
Bilaterale Zusammenarbeit mit der FAO	10,0	15,0
Sonstige Maßnahmen	23,4	34,0
Allgemeine Bewilligungen insgesamt	4 010,4	4 507,6
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	675,0 ²⁾	675,0 ³⁾
Sonderrahmenplan Küstenschutz	25,0	25,0
Marktordnungskosten	100,0	92,5
Ministerium, Bundesämter und Bundesforschungsinstitute	480,5	562,8
Einzelplan 10	5 290,9	5 862,9

Differenzen durch Rundung möglich.

1) Verstärkung LUV um 100 Mio. Euro durch Minderausgaben an anderer Stelle im Einzelplan und Veräußerungserlösen sowie um weitere 200 Mio. Euro für die Abfindungsaktion zum Herauskauf von Kleinrenten.

2) Verstärkung um 45 Mio. Euro durch Haushaltsvermerk.

3) Verstärkung um 25 Mio. Euro durch Haushaltsvermerk

Quelle: BMELV, 113

Landwirtschaftliche Nutzungen erhalten die Biologische Vielfalt

Erhalt und Pflege unserer Kulturlandschaft

Durch die land- und forstwirtschaftliche Tätigkeit sind in Deutschland einzigartige und regionaltypische Kulturlandschaften mit reicher biologischer Vielfalt bei Wild- und Kulturarten entstanden. Dort ist die Mehrzahl der in Deutschland vorkommenden Tiere und Pflanzen (ca. 72 000).

Zu den floristisch artenreichsten Flächen in Deutschland zählen die Graslandlebensräume, Wiesen und Weiden mit über 850 grünlandtypischen Arten, Magerrasen mit fast 1 000. Extrem artenreiche Graslandlebensräume sind mit 837 Arten für Grünland die Trocken- und Halbtrockenrasen, deren Artenpotenzial besonders unter dem Aspekt einsetzender Klimaänderungen für die Landwirtschaft eine hohe funktionelle Bedeutung zukommt. Feucht- und Nasswiesen weisen 392 Grünlandarten, Fettwiesen 298 und Fettweiden 221 auf. Sie sind zur gesunden Tierernährung sowie für die Erhaltung von Wildpflanzenarten herausragend. Agrarumweltprogramme sind ein wichtiges Instrument, um die Biodiversität in Agrarökosystemen zu erhalten. Agrarumweltprogramme wurden im Jahr 2007 auf ca. 29 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche



durchgeführt. Sie honorieren u.a. die Erhaltung vielfältiger Fruchtfolgen, die Bewahrung regional angepasster Sorten und Rassen sowie die Grünlandextensivierung. Dafür wurden rund 600 Millionen Euro an die Landwirte ausgezahlt.

Moderne Landwirtschaft schont die Umwelt

Emissionen aus der Landwirtschaft

Die Nutzung entwässerter organischer Böden, die Tierhaltung und der Einsatz mineralischer Düngemittel sind die bedeutendsten Emissionsquellen klimarelevanter Gase aus der Landwirtschaft.

Der Anteil der Landwirtschaft an den Treibhausgasemissionen beträgt weltweit geschätzte 10 bis 14 Prozent. An den deutschen Treibhausgasemissionen ist die Landwirtschaft zu ca. 11 Prozent beteiligt.

Der Anteil des gesamten Bereichs Ernährung inklusive Erzeugung, Verarbeitung, Transporte usw. liegt je nach Untersuchung zwischen 16 und 20 Prozent.

Der Anteil der Landwirtschaft an den gesamten CO₂-Emissionen beträgt 6 Prozent, am Lachgasausstoß 54 Prozent und am Methanausstoß 51 Prozent.

Der Methanausstoß stammt zu 93 Prozent aus der Rinderhaltung, vorwiegend von Milchkühen. Seit 1990 ist allerdings eine Abnahme um ca. 24 Prozent zu verzeichnen.

Emissionen von Klimagasen aus der Tierhaltung

in 1000 t

Klimagas	Quelle	1990	1994	1998	2000	2002	2004	2006	2007
CH ₄	Fermentation bei der Verdauung	1038,3	899,7	877,1	872,5	852,2	819,5	802,4	809,3
	Wirtschaftsdünger-Management	296,6	265,0	269,2	266,7	265,9	255,9	256,4	261,0
N ₂ O	Wirtschaftsdünger-Management	9,3	8,3	8,2	8,1	8,0	7,8	7,7	7,8
NO	Wirtschaftsdünger-Management	1,3	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0	1,1

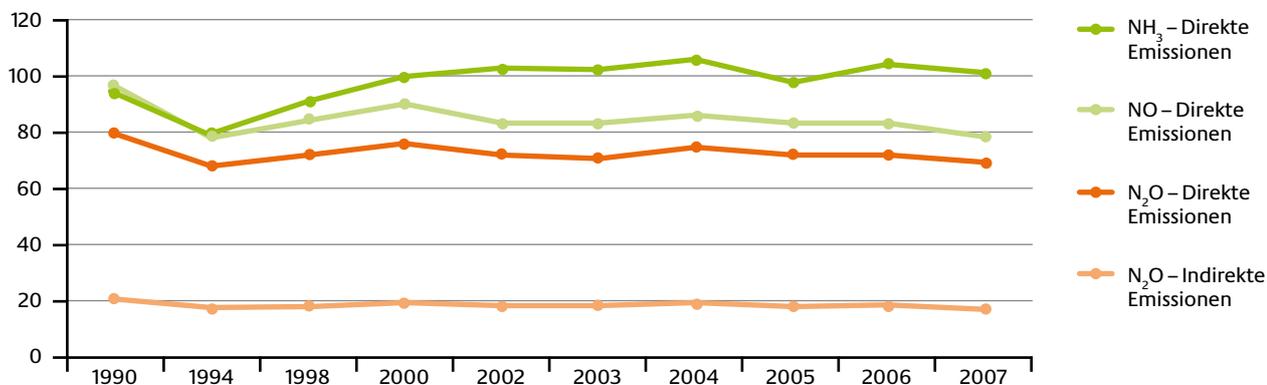
Quelle: Ullrich Dämmgen (Hrsg.) (2009) Berechnungen der Emissionen aus der deutschen Landwirtschaft – Nationaler Emissionsbericht (NIR) 2009 für 2007; Tabellen. Landbauforschung SH 324 A.

Die CO₂-Bilanz der Land- und Forstwirtschaft in Deutschland ist deutlich positiv, da den landwirtschaftlichen Emissionen in Höhe von 133 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent – einschließlich der Stickstoffdüngemittelherstellung – eine Bindung durch Pflanzen in

mittlerherstellung – eine Bindung durch Pflanzen in Höhe von über 168 Millionen Tonnen gegenüber steht. Auch die landwirtschaftlich genutzten Böden sind Emissionsquelle von klimarelevanten Gasen.

Emissionen von Lachgas (N₂O), Ammoniak (NH₃) und Stickstoffmonoxid (NO) aus landwirtschaftlich genutzten Böden

in 1000 t



Ammoniak und Stickstoffmonoxid sind indirekte Treibhausgase. Da aber alle Stickstoffeinträge die Emissionen von Stickstoff-Verbindungen beeinflussen, sind auch die NH₃- und NO-Emissionen zur Ermittlung der Höhe der Emissionen aus landwirtschaftlichen Böden zu berücksichtigen. Quelle: Ullrich Dämmgen (Hrsg.) (2009) Berechnungen der Emissionen aus der deutschen Landwirtschaft – Nationaler Emissionsbericht (NIR) 2009 für 2007; Tabellen. Landbauforschung SH 324A.

Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen

Reduzierung der Emission von CO₂, Methan und Lachgas:

- effizientere Düngung,
- Energieeinsparung,
- Leistungssteigerung in der Viehhaltung,

- Erhaltung des Grünlands und Erhöhung der Humusgehalte der Böden,
- Ausbau der ökologischen Landwirtschaft und
- Abbremsen des Flächenverbrauchs zu Lasten der land- und forstwirtschaftlichen Flächen (Senkenvernichtung).

Land- und Forstwirtschaft leisten aktiven Klimaschutz

Klimaschutz und Anpassung an Klimaänderungen

Land- und Forstwirtschaft emittieren Treibhausgase, sind aber zugleich die einzigen Wirtschaftsbereiche, die durch die Bindung von atmosphärischem Kohlendioxid in langfristig festgelegte Biomasse aktiv zum Klimaschutz beitragen.

Durch Klimawandel und vermehrt auftretende Witterungsextreme (Stürme, Starkregen, Hagel, Hochwasser, Trockenheit/Dürre) entstehen der Land- und Forstwirtschaft bereits heute erhebliche Schäden. Diese Risiken werden künftig zunehmen, wenn keine Anpassungsmaßnahmen ergriffen werden.

Anbau von nachwachsenden Rohstoffen

Im Jahr 2009 wurden auf knapp 2 Millionen Hektar (fast 17% der deutschen Ackerfläche) nachwachsende Rohstoffe (nR) angebaut. Dieser Flächenumfang ist seit drei Jahren relativ konstant.

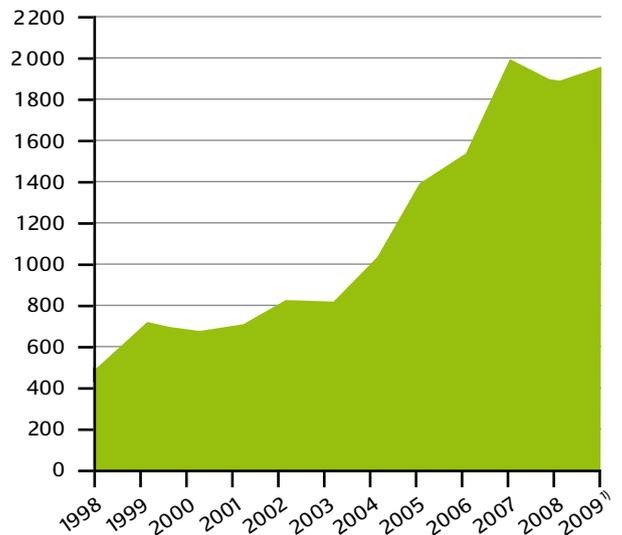


Der größte Anteil entfällt auf Energiepflanzen (ca. 1,7 Mio. ha). Damit ist die Landwirtschaft ein wichtiger Lieferant von Ausgangsprodukten für nachwachsende Energieträger.

Durch die Nutzung erneuerbarer Energien konnten die CO₂-Emissionen 2008 um rund 109 Millionen Tonnen reduziert werden.

Anstieg der Anbaufläche nachwachsender Rohstoffe in Deutschland 1998 bis 2009

Anbaufläche in 1 000 ha



1) Vorläufige Schätzung.

Quelle: Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR)

Maßnahmen zur weiteren stofflichen und energetischen Nutzung

Die Strom-, Wärme- und Kraftstofferzeugung sowie die stoffliche Nutzung der nachwachsenden Rohstoffe sollen effizient und nachhaltig ausgebaut werden. Wichtige Voraussetzungen hierfür sind u. a. die Erschließung ungenutzter und nachhaltig verfügbarer Biomassepotenziale, die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Biomassenutzung und eine stärkere Orientierung der Förderung an der CO₂-Einsparung.

Mehr Beschäftigung und Nachhaltigkeit durch Innovationen bei nachwachsenden Rohstoffen

Im Bereich der erneuerbaren Energien sind gegenwärtig ca. 278 Tausend Personen beschäftigt. 34,5 Prozent davon, ca. 96 Tausend entfallen auf die Bioenergiebranche. Im Chemie- und Werkstoffbereich gibt es ca. 53 Tausend Arbeitsplätze durch die Nutzung nachwachsender Rohstoffe.

Pflanzen	Rohstoff	2008	2009 ¹⁾
		ha	
Industrie- pflanzen	Industriestärke	140 000	130 000
	Industriezucker	22 000	22 000
	Technisches Rapsöl	120 000	120 000
	Technisches Sonnenblumenöl	8 500	8 500
	Technisches Leinöl	2 500	2 500
	Faserpflanzen	1 000	1 000
	Arznei- und Farbstoffe	10 000	10 000
	insgesamt	304 000	294 000
Energie- pflanzen	Raps für Biodiesel/Pflanzenöl	915 000	942 000
	Zucker und Stärke für Bioethanol	187 000	226 000
	Pflanzen für Biogas	500 000	530 000
	Dauerkulturen für Festbrennstoffe	2 000	3 500
	insgesamt	1 604 000	1 701 500
Anbau NR insgesamt		1 908 000	1 995 500

1) Vorläufig.

Quelle: Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V., BMELV

Bioenergie

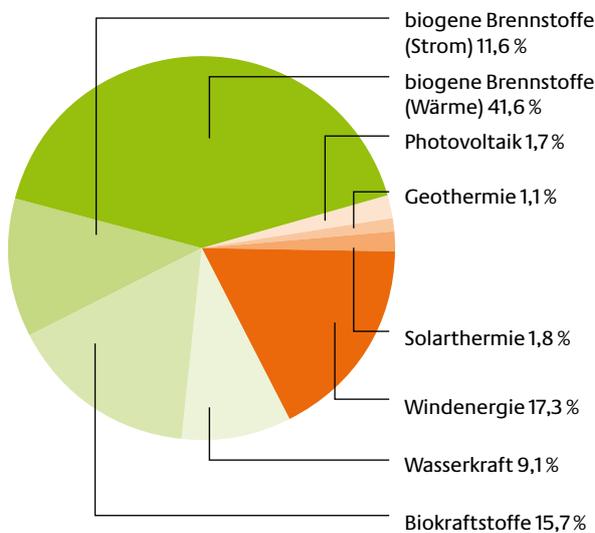
Die Biomasse leistete 2008 mit rund 159 Terawattstunden, das sind rund 68 Prozent, den größten Beitrag zur Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien, gefolgt von der Windkraft (rd.17%) und Wasserkraft (rd. 9%). Der weltweite Anteil von Bioenergie am gesamten Endenergieverbrauch beträgt 14,6 Prozent, wovon der Großteil auf die traditionelle Biomassenutzung entfällt.



Der Anteil der Bioenergie am gesamten Kraftstoffverbrauch betrug 2008 in Deutschland ca. 5,9 Prozent (2007: 7,2%, 2005: 3,8%), der Beitrag zur gesamten Stromerzeugung ca. 4,4 Prozent (2007: rd. 3,8%) und der Beitrag zur gesamten Wärmebereitstellung ca. 6,9 Prozent (2007: rd. 7,2%).

Das BMELV hat mit dem **Biomasse-Aktionsplan** ein Konzept vorgelegt, um die Nutzung der Bioenergie effizient und nachhaltig auszubauen.

Struktur der Energiebereitstellung aus erneuerbaren Energien 2008



Quelle: BMU, Stand: Juni 2009

Stoffliche Nutzung

Von der chemisch-technischen Industrie werden in Deutschland derzeit jährlich ca. 2,7 Millionen Tonnen nachwachsende Rohstoffe für stoffliche Zwecke genutzt. Insgesamt sind ca. 13 Prozent der von der chemischen Industrie in Deutschland verwendeten Rohstoffe nachwachsende Rohstoffe.

Das Spektrum der Anwendungsbereiche nachwachsender Rohstoffe weitet sich kontinuierlich aus:

- Holz als Baustoff und zur energetischen Verwertung,
- Ölpflanzen wie Raps oder Sonnenblumen zur Biodiesel- oder Schmierstoffproduktion,
- Pflanzenstärke aus Kartoffeln, Mais oder Weizen als Ausgangsstoff für Klebstoffe, Biokunststoffe oder als Zuschlagstoff für die Papierindustrie,
- Rübenzucker zur Herstellung von Tensiden oder Biokunststoffen,
- Pflanzenfasern aus Flachs oder Hanf für Verbundwerkstoffe in der Automobilindustrie oder Dämmstoffe,
- Arznei- und Duftpflanzen für die Herstellung von Pharma- und Kosmetikerzeugnissen.

Die Anbaufläche im Bereich der stofflichen Nutzung liegt bei knapp 300 000 Hektar. Bedingt durch sinkende Produktionszahlen bei Papier und Pappe gibt es einen geringfügigen Rückgang bei den Flächen zur Gewinnung von Industriestärke.

Ergänzend zum Biomasseaktionsplan ist im September 2009 der „Aktionsplan der Bundesregierung zur stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe“ in Kraft getreten.

Flächen- und Nutzungskonkurrenz

Flächen- und Nutzungskonkurrenz gibt es in der Landwirtschaft seit jeher. Ackerflächen wurden auch früher sowohl für die Nahrungsmittelproduktion als auch für die Futtererzeugung der Zugtiere eingesetzt (energetische Nutzung).

In Deutschland stehen ausreichend Flächen zur Ernährung der eigenen Bevölkerung zur Verfügung. Daneben sind Flächen für die energetische und stoffliche Nutzung von Biomasse vorhanden. Deutsche Landwirte können also Beides bereitstellen, gute Lebensmittel und nachwachsende Rohstoffe vom Acker.

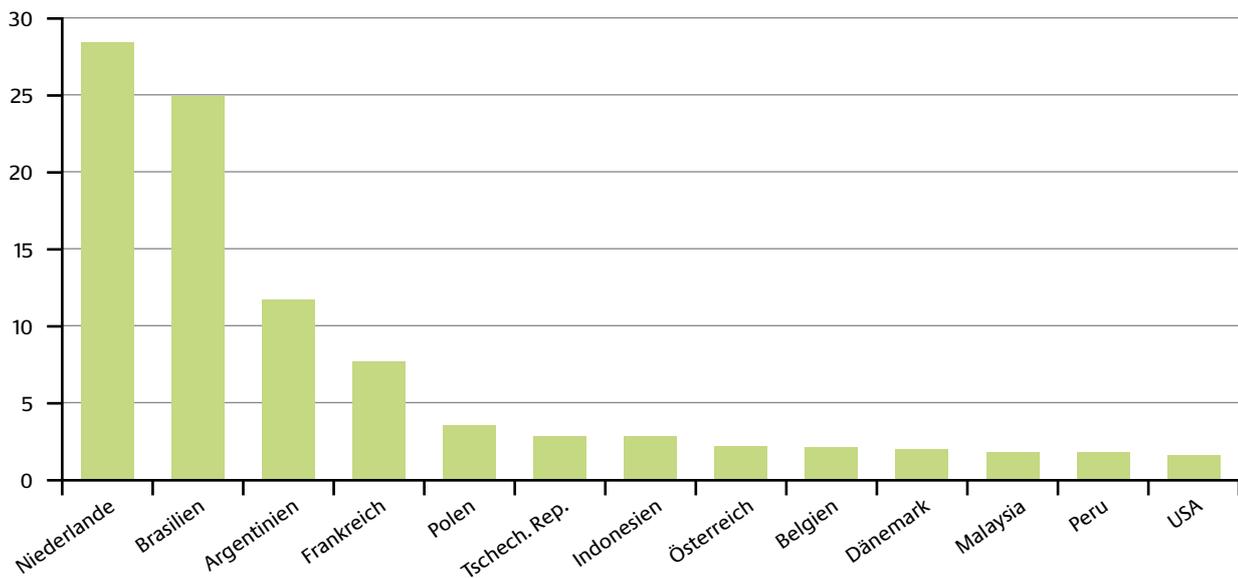
Ob die Landwirte ihre Flächen für die Produktion von Bioenergie oder für die Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln nutzen, hängt von den jeweils erzielbaren Erlösen ab.

Beim weiteren Ausbau der Bioenergie muss auf Optionen zur Reduzierung der Flächenkonkurrenz gesetzt werden.



Futtermittelimporte nach Deutschland im Jahr 2008

Anteil in %



Angaben sind ohne Futtergetreide. Nur Ursprungsländer mit deutschen Einfuhren von 5 000 t und mehr im Jahr 2008.

Quelle: Statistisches Bundesamt, BMELV, 425

Maßnahmen:

- Mobilisierung von Reststoffen wie Gülle, Stroh, Landschaftspflegematerial und Waldrestholz als zusätzlichem Biomassepotenzial ohne Konkurrenz zur Nahrungserzeugung ,
- Etablierung neuer Anbausysteme, z. B. Kurzumtriebsplantagen für die Holzproduktion, Agroforstsysteme (Nahrungs- und Energiepflanzen auf einer Fläche), extensiver Energiepflanzenanbau auf Naturschutzausgleichsflächen,
- Optimierung der Erträge von Nahrungs-, Energie- und Industriepflanzen,
- Verbreiterung des Spektrums an nutzbaren Energiepflanzen als Alternative zum Mais,
- Verbesserung der Effizienz der Biomassenutzung,
- Sicherstellung der Nachhaltigkeit auch bei Importen durch geeignete Nachweissysteme (z. B. Nachhaltigkeitszertifizierung),
- stoffliche und energetische Nutzung koppeln (energetische Nutzung erst am Ende der Prozesskette/des Lebensweges eines Produktes), Stichwort: Nutzungskaskaden,
- verstärkte Nutzung von besonders effizienten Verwertungsoptionen mit einem besonders hohen Treibhausgas-Minderungspotenzial,
- Flächenverbrauch von Siedlung und Verkehr reduzieren. Ihm fallen noch immer täglich mehr als 100 Hektar zum Opfer. (Reduzierung bis 2020 auf 30 ha/Tag ist Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung).



Forst- und Holzwirtschaft

Forst- und Holzwirtschaft liefern einen wertvollen und begehrten Rohstoff

Gemäß Holzeinschlagsstatistik wurden im Jahr 2008 mit insgesamt rund 55 Millionen Kubikmeter gegenüber dem Vorjahr rund 28 Prozent weniger Rohholz verarbeitet, nachdem in 2007 wegen der umfangreichen Sturmholzanfälle rund 77 Millionen Kubikmeter verbucht wurden. Ein weiterer Grund für den Einschlagsrückgang liegt in der Nachfrageabschwächung infolge der allgemeinen Wirtschaftslage. Die Inventurstudie 2008 hat über den Zeitraum von 2002 bis 2008 einen durchschnittlichen Einschlag von 70,5 Millionen Erntefestmeter (Efm.) jährlich ermittelt.

Damit bleibt der Rohholzeinschlag – schon seit Jahrzehnten – unter dem nach dem Nachhaltigkeitsprinzip möglichen Einschlag. Die bestehenden hohen Vorratsreserven haben sich dadurch noch weiter aufgebaut. Die Gesamtbilanz der Inventurstudie zeigt, dass zwischen 2002 und 2008 insgesamt 10 Prozent mehr Holz zugewachsen ist als entnommen wurde und der Gesamtholzvorrat um 2 Prozent zugenommen hat.

Zugleich ist der Pro-Kopf-Verbrauch von Holz und Holzprodukten merklich gestiegen.

Die Bundesregierung hat bereits im Jahr 2004 mit der Charta für Holz ein strategisches Bündnis zwischen Politik, Wirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen mit dem Ziel geschlossen, den Holzverbrauch in Deutschland bis zum Jahr 2014 um 20 Prozent (1,1 auf 1,3 Kubikmeter pro Kopf) zu steigern, weil damit positive klima-, energie-, umwelt- und ressourcenpolitische Wirkungen für die Gesellschaft verbunden sind und Arbeitsplätze vor allem im ländlichen Raum gesichert bzw. geschaffen werden.

In Deutschland entfallen derzeit rund 60 Prozent der Holzverwendung auf die stoffliche und rund 40 Prozent auf die energetische Nutzung. Bei der energetischen Holznutzung ist u. a. in Erwartung weiter steigender Preise für fossile Energien (Heizöl, Erdgas) ein spürbarer Verbrauchszuwachs zu verzeichnen. Von den verschiedenen erneuerbaren Energien wurde 2008 die meiste Endenergie (Wärme, Strom) aus fester Biomasse (überwiegend aus Holz) gewonnen (rd. 39 %) mit deutlichem Abstand vor der Windkraft (rd. 17 %), Biokraftstoffe (rd. 16 %) und Wasserkraft (rd. 9 %).

Im Forst- und Holzbereich (Rohholz, Halb- und Fertigwaren) hat sich Deutschland in den letzten Jahren mengen- und wertmäßig zu einem Nettoexporteur entwickelt. Diese Entwicklung hat sich auch in 2008 trotz der weltweiten Wirtschaftsschwäche fortgesetzt. Die Außenhandelsbilanz schließt 2008 mit einem mengenmäßigen Saldo von 18,4 Millionen Kubikmeter (Rohholzäquivalent) und wertmäßig mit 11,4 Milliarden Euro Ausfuhrüberschuss.

vTI/Institut für Ökonomie der Forst und Holzwirtschaft

Gesamtholzbilanz der Bundesrepublik Deutschland in Millionen m³ (Rohholzäquivalent)

Aufkommen		
	2007	2008 ¹⁾
Einschlag	76,7	55,4
Altpapier, Inlandsaufkommen	45,6	46,5
Altholz, Inlandsaufkommen	10,0	10,0 ²⁾
Einfuhr	133,5	118,1
Lagerbestände, Abnahme	0,0	1,1
Gesamtaufkommen	265,9	231,0

Verwendung		
	2007	2008 ¹⁾
Lagerbestände, Zunahme	8,0	0,0
Ausfuhr	149,9	136,5
Inlandsverbrauch	107,9	94,5
Gesamtverbleib	265,9	231,0

1) Vorläufige Daten.

2) Wert fortgeschrieben.

Quelle: Berechnet auf Grundlage von Daten amtlicher Statistiken, von Angaben des Verbandes Deutscher Papierfabriken sowie Weimar und Mantau 2008

Fischereipolitik

Die Fischwirtschaft ist ein traditionsreicher Wirtschaftszweig und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Deutschlands Küstenregionen

In der Fischwirtschaft sind mehr als 41 000 Menschen beschäftigt und versorgen Verbraucherinnen und Verbraucher jährlich mit über 1,3 Millionen Tonnen qualitativ hochwertigen Fischereierzeugnissen. Die direkt oder indirekt mit der Fischerei verbundenen Arbeitsplätze bilden das Rückgrat vieler Regionen an der deutschen Nord- und Ostseeküste. Die Fischerei ist dort traditionell in die Wirtschafts- und Lebensweise eingebunden. Ähnliches gilt für die Binnenfischerei in ländlichen Räumen. Die Fischerei stärkt auch die Attraktivität für den Tourismus.



Zur Fischwirtschaft in Deutschland gehören die Bereiche Fischerei (Große und Kleine Hochseefischerei, Kutter- und Küstenfischerei und Binnenfischerei), Fischindustrie, Fischimportwirtschaft, Fischgroßhandel, Fischeinzelhandel und Fischgastronomie.

Die deutsche Fischerei fängt und erzeugt mit 1 825 Schiffen auf See sowie in vorwiegend kleinen Betrieben der Binnenfischerei und Aquakultur 265 000 Tonnen Fisch und Meeresfrüchte im Wert von rund 0,4 Milliarden Euro. Der Selbstversorgungsgrad bei Fischereiprodukten liegt bei rund 25 Prozent. Der Pro-Kopf-Verbrauch von Fisch erreichte im vergangenen Jahr mit 15,6 Kilogramm einen neuen Höchststand.





Förderung der Fischereistruktur

Das BMELV koordiniert die mit den Gemeinschaftsmitteln der EU, dem Europäischen Fischereifonds (EFF), kofinanzierte Fischereistrukturförderung in Deutschland.

Schwerpunkte der letzten Jahre:

- drei Modernisierungsvorhaben in der **Großen Hochseefischerei**,
- 11 Neubauvorhaben und 145 Modernisierungsvorhaben in der **Kleinen Hochsee- und Küstendischerei**,
- die Förderung von Bau und Modernisierung von Schiffen sowie zur Verbesserung der technischen Ausrüstung der **Binnenfischereibetriebe** und das
- Programm zum Ausbau und zur Modernisierung in der **Aquakultur**.

Die Unternehmen der **Verarbeitung und Vermarktung** haben in erheblichem Umfang die Fördermöglichkeiten des FIAF (Finanzierungsinstrument zur Ausrichtung der Fischerei) zur Verbesserung der Produktionsbedingungen und der Produktqualität genutzt.

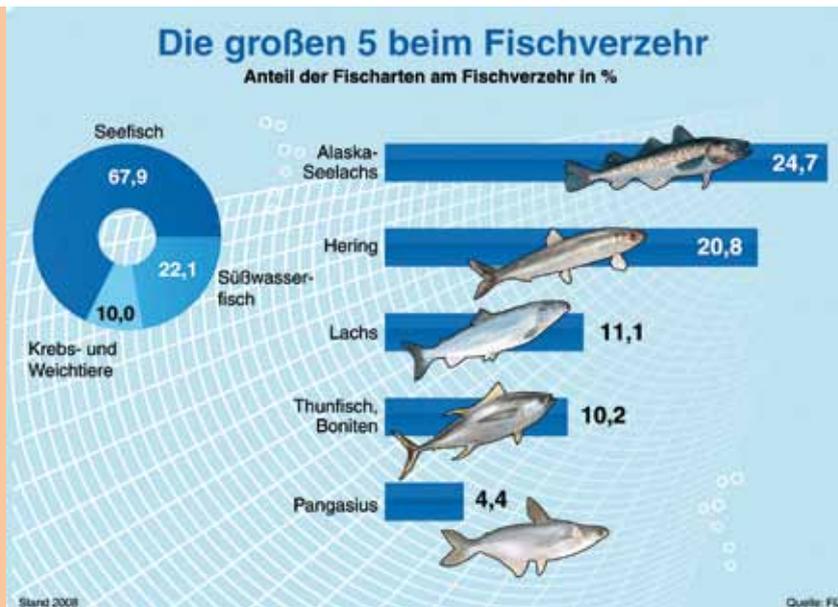
Meeresumwelt- und Meeresnaturschutz

Unsere Fischbestände sind in Not. Nur rasche und eindeutige Maßnahmen schaffen langfristig Abhilfe. Dafür setzt sich die Bundesregierung in der Europäischen Union ein. Im Interesse der Umwelt, der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie einer gesunden Fischereiwirtschaft müssen die Umweltverträglichkeit, die Nachhaltigkeit und der Schutz der Ökosysteme unserer Meere uneingeschränkt in den Vordergrund der Fischereipolitik gerückt werden.

Fischwirtschaft und Umweltschutz stehen in enger Wechselwirkung zueinander. Die Fischerei ist abhängig von einer intakten Umwelt, beeinflusst die maritime Umwelt aber auch selbst. Eine verlässliche Zukunft für die Fischwirtschaft kann es nur geben, wenn die Fischerei nachhaltig, das heißt im Einklang mit der Natur und in Vorsorge für künftige Generationen betrieben wird. National wie international gilt es deshalb, wirtschaftliche Interessen und Erfordernisse des Meeresumweltschutzes besser als bisher miteinander in Einklang zu bringen.

Entwicklung von Management- und Wiederaufbauplänen

Im Rahmen der EU-Fischereipolitik unterstützt Deutschland die Weiterentwicklung und konsequente Umsetzung von mehrjährigen Wiederaufbau- und Bewirtschaftungsplänen für übernutzte Fischbestände. Hierzu leistet die Fischereiforschung des BMELV entscheidende Vorarbeiten. Daneben beteiligt sich die



Bundesregierung aktiv an der Entwicklung von Regelungen zur Vermeidung von unerwünschten Beifängen und Rückwürfen.

Nachhaltige Fangmethoden und ein aktiver Meeresschutz sind die Garanten des zukünftigen wirtschaftlichen Erfolges der Fischerei.

Schutz empfindlicher Tiefsee- ökosysteme vor zerstörerischen Fischereipraktiken

Deutschland und die EU haben wesentlich dazu beigetragen, dass im Dezember 2006 auf UN-Ebene Verpflichtungen zur Regulierung der Tiefseefischerei und zum Schutz von Tiefseelebensräumen vereinbart wurden. Auf deutsche Initiative hat die EU Mitte 2008 eine Regelung zum Schutz von Tiefseeökosystemen vor zerstörerischen Fischereipraktiken verabschiedet.

Bekämpfung der illegalen Fischerei

Durch illegale, unregulierte und ungemeldete Fischerei (IUU-Fischerei), deren geschätzter Wert bis zu 10 Milliarden Euro beträgt, werden die politischen Bemühungen um eine nachhaltige Fischerei in den Weltmeeren untergraben. Deutschland setzt sich in Brüssel weiterhin dafür ein, dass die EU im weltweiten Kampf gegen die illegale Fischerei eine Vorreiterrolle übernimmt. Ende

Juni 2008 haben sich die EU-Fischereiminister auf eine Regelung geeinigt, die die Mitgliedstaaten verpflichtet, wirksame Maßnahmen gegen die illegale Fischerei zu ergreifen:

- verschärfte Kontrollen,
- lückenlose Rückverfolgung der Fischereierzeugnisse aus Drittländern,
- hohe Sanktionen bei Verstößen.

Die Entwicklungsländer werden bei Maßnahmen gegen illegale Fischerei von der EU unterstützt.

Umweltsiegel bei Fischprodukten

Auch die Verbraucherinnen und Verbraucher können einen Beitrag zur nachhaltigen Nutzung der weltweiten Fischbestände leisten, indem sie sich bewusst für nachhaltig gewonnene Fischereierzeugnisse entscheiden. Dabei können ihnen Umweltsiegel helfen, mit denen Fischereien ausgezeichnet werden, die nachweislich nicht zum Problem des Überfischens beitragen. Den größten Bekanntheitsgrad in Deutschland hat das blaue Siegel des Marine Stewardship Council (MSC), das schon auf zahlreichen Fischereierzeugnissen zu finden ist; es gibt aber auch einige andere Umweltsiegel. Gegenwärtig entwickelt das BMELV mit Vertretern der Fischerei, Verarbeitungsindustrie, Lebensmittelhandel sowie Umwelt- und Verbraucherverbänden Mindestanforderungen für einen verlässlichen Rechtsrahmen für die Glaubwürdigkeit der Fischereiumweltsiegel, die der Europäischen Kommission vorgelegt werden sollen.

Internationale Ernährungs- und Agrarpolitik

Welternährung durch produktive und nachhaltige Landwirtschaft sichern

Derzeit leiden etwa eine Milliarde Menschen an Hunger und chronischer Unterernährung.

Die Verschärfung der Versorgungslage hat vor allem die Wirtschafts- und Finanzkrise ausgelöst.

Bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen von Armut und Unterernährung kommt der Landwirtschaft eine Schlüsselrolle zu. Notwendig ist eine globale Steigerung der Nahrungsmittelproduktion sowie eine Stärkung der Einkommen in den von Armut betroffenen Ländern. Parallel dazu ist die Agrarforschung zu intensivieren.

Wachsender Nahrungsbedarf

Die FAO prognostiziert in ihrer Studie *World Agriculture: Towards 2015/2030* aufgrund der Bevölkerungsentwicklung eine jährlich notwendige Getreideproduktion von drei Milliarden Tonnen bis zur Mitte des Jahrhunderts. Derzeit werden rund 1,7 Milliarden Tonnen (ohne Reis) pro Jahr produziert. Im Jahr 2050, so die FAO-Prognose, werden 470 Millionen Tonnen Fleisch konsumiert, 72 Prozent davon in Entwicklungsländern. Derzeit werden 58 Prozent in Entwicklungsländern verbraucht. Auch die Nachfrage nach Biotreibstoffen könnte die Agrarproduktion stark beeinflussen.

90 Prozent der Steigerung der Agrarproduktion könnten durch höhere Ernteerträge und eine intensivere landwirtschaftliche Nutzung abgedeckt werden. Dennoch müsste die landwirtschaftliche Nutzfläche in Entwicklungsländern um rund 120 Millionen Hektar gesteigert werden, um das Produktionsziel (3 Milliarden Tonnen) erreichen zu können.

Nahrungsmittelpreisentwicklung

Die Weltagrarpreise sind aufgrund einer außergewöhnlichen Marktsituation zwischen September 2006 und Februar 2008 kurzfristig um 70 Prozent gestiegen, insbesondere für Weizen, Mais, Reis und Milchprodukte. Seit Februar 2008 sind die Preise für Agrarrohstoffe jedoch wieder stark rückläufig. In den vergangenen Monaten erfolgte zwar eine Preiskorrektur nach unten,

doch wurde damit die Verteuerung der jüngsten Vergangenheit bei weitem nicht kompensiert. Die meisten Prognosen für die nächsten Jahre gehen davon aus, dass die realen Preise für Getreide im Zeitraum 2009 bis 2018 durchschnittlich um 10 bis 20 Prozent über dem Niveau des Zeitraums 1997 bis 2006 liegen werden. Für pflanzliche Öle wird ein noch stärkerer Preisanstieg erwartet (+ 30 %). Bei Fleisch wird mit stagnierenden realen Preisen gerechnet, bei Milch mit nur einem geringen Anstieg.

Dabei werden die Preisschwankungen sehr viel stärker ausfallen.

Differenzierte Auswirkungen in Entwicklungsländern:

- Kurzfristig sind die armen Bevölkerungsschichten in den Entwicklungsländern besonders stark betroffen (Kleinbauern, Landarbeiter, Landlose, nichtlandwirtschaftliche Haushalte).
- Mittel- und längerfristig eröffnen steigende Preise Einkommensmöglichkeiten auch für Kleinbauern und können den Beitrag der Landwirtschaft zum Wirtschaftswachstum erhöhen.

Aussichten

Wegen der gravierenden humanitären Auswirkungen und der damit einhergehenden Gefährdung der politischen Stabilität einiger der betroffenen Länder ist nach wie vor schnelles und koordiniertes Handeln der internationalen Gebergemeinschaft und der staatlichen sowie nichtstaatlichen Hilfsorganisationen erforderlich.

Langfristig muss der Ernährungskrise durch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, insbesondere in den Entwicklungsländern, begegnet werden.

In diesem Prozess sind die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer und die Verantwortung der Nahrungsmittel exportierenden Staaten gefordert. Die Hilfen der internationalen Gemeinschaft sind primär darauf zu richten, die Regierungen in den Entwicklungsländern zu unterstützen, ihre Eigenverantwortung wahrzunehmen, strukturelle Hindernisse abzubauen und das Recht auf Nahrung durchzusetzen. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung müssen deutlich einen höheren Stellenwert erhalten.

Das bilaterale Kooperationsprogramm des BMELV

Das bilaterale Kooperationsprogramm des BMELV trägt zur globalen Ernährungssicherung bei. Die Projekte, die derzeit in Russland, der Ukraine, Kasachstan und China durchgeführt werden, dienen der Weiterbildung von Fach- und Führungskräften in den Partnerländern in den Bereichen Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Neben der Beratung von Parlamenten und Regierungen im Rahmen von „Agrarpolitischen Dialogen“ steht insbesondere die Vermittlung praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten an Fachleute in den Partnerländern im Vordergrund. Dabei geht es um die Vermittlung moderner Technologien und die Nutzung moderner Technik in der Tier- und Pflanzenproduktion.

2009 liefen drei Projekte in Kooperation mit Unternehmen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft in Russland, der Ukraine und in China. Hierbei stellen die Unternehmen Technik zur Verfügung und führen Schulungsveranstaltungen durch. Neben der Vermittlung neuesten Wissens dienen diese Projekte zugleich der Wirtschaftskooperation und schaffen so Win-Win-Situationen für die beteiligten Partner.

Derzeit wird ein Projekt zur Ernährungssicherung in Afrika vorbereitet. Gemeinsam mit der Wirtschaft soll ein „Deutsch-äthiopisches landwirtschaftliches Weiterbildungszentrum“ errichtet werden.

2009 standen dem BMELV für diese eigenen Projekte 4 Millionen Euro zur Verfügung, zu denen durch das Engagement der Wirtschaft weitere Mittel in erheblichem Umfang hinzukommen. Seit 1994 wurden vom BMELV für die bilaterale Projektarbeit ca. 60 Millionen Euro eingesetzt.

Das Twinning-Programm des BMELV

Seit Beginn des EU-Programms für Behördenpartnerschaften 1998 hat es EU-weit über 2 600 Projektausreibungen mit einem Finanzvolumen von rund 1,8 Milliarden Euro gegeben.

Deutschland hat sich auf mehr als 1 000 Projekte beworben und für rund 600 Projekte den Zuschlag erhalten. Innerhalb der Bundesregierung weist das BMELV mit rund 140 gewonnenen Projekten die beste Erfolgsbilanz auf.



Derzeit ist BMELV in 8 Projekten aktiv.

Fachliche Schwerpunkte liegen u. a. in den Bereichen

- Lebensmittelkontrolle
- Veterinärwesen
- Pflanzenschutz
- Verbraucherschutz

Regionale Schwerpunkte werden künftig die Beitrittskandidaten, aber auch die Länder des Westbalkans und der Europäischen Nachbarschaftspolitik sein.

Das BMELV engagiert sich in Twinning-Projekten, um

- Anhebung des Standards zur vollständigen Übernahme des EG-Rechts (bei Beitrittsstaaten) bzw. Annäherung an EU-Niveau (bei Ländern ohne Beitrittsperspektive) und damit gleiche Wirtschaftsbedingungen innerhalb der EU,
- Grundlagen für eine bessere EU-Agrarpolitik durch Kenntnis der gegenseitigen Strukturen,
- Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Agrarbereich und Verbraucherschutz,
- Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit

zu schaffen.

Herausgeber

Bundesministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

11055 Berlin

Ansprechpartner

Planungsstab (Grundsatzangelegenheiten, strategische Steuerung)

Text

BMELV

Stand

Dezember 2009

Gestaltung

design.idee, büro_für_gestaltung, Erfurt

Druck

BMELV

Foto/Bildnachweis

BMELV-Archiv, [www.oekolandbau.de/BLE/Thomas Stephan/Dominic Menzler](http://www.oekolandbau.de/BLE/ThomasStephan/DominicMenzler),
Fisch-Informationszentrum e.V. (FIZ), contrastwerkstatt/Fotolia.com

Diese und weitere Publikationen des BMELV können Sie kostenlos bestellen:

Internet: www.bmelv.de → Service → Publikationen

E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Fax: 01805-77 80 94

(Festpreis 14 Ct/Min, abweichende Preise a.d. Mobilfunknetzen möglich)

Tel.: 01805-77 80 90

(Festpreis 14 Ct/Min, abweichende Preise a.d. Mobilfunknetzen möglich)

Schriftlich: Publikationsversand der Bundesregierung

Postfach 48 10 09

18132 Rostock

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter
www.bmelv.de

Diese Broschüre wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung kostenlos herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.